

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Boss, Alfred; Boysen-Hogrefe, Jens; Dovert, Jonas; Groll, Dominik; Meier, Carsten-Patrick; van Roye, Björn; Scheide, Joachim

Research Report

# Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

ECONOMISTSONLINE

Suggested citation: Boss, Alfred; Boysen-Hogrefe, Jens; Dovert, Jonas; Groll, Dominik; Meier, Carsten-Patrick; van Roye, Björn; Scheide, Joachim (2009) : Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt, ISBN 3-89456-309-5, Kiel Institute for the World Economy, Kiel, pp. 35-69, <http://hdl.handle.net/10419/32977>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

# Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

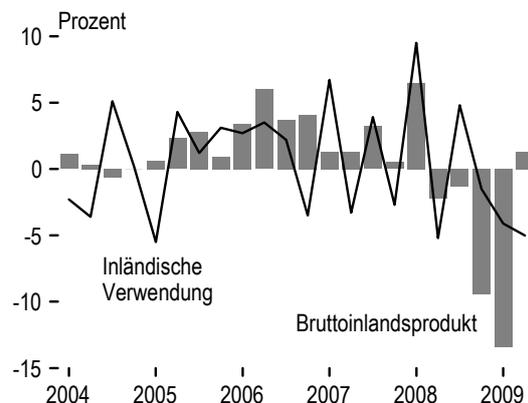
Alfred Boss, Jens Boysen-Hogrefe, Jonas Dovern, Dominik Groll, Carsten-Patrick Meier, Björn van Roye und Joachim Scheide

## Zusammenfassung:

Die Konjunktur in Deutschland hat sich stabilisiert. Die Produktion im zweiten Quartal 2009 verlief überraschend positiv. Im dritten Quartal dürfte sie deutlich angezogen haben. Alles in allem revidieren wir unsere Prognose für das Jahr 2009 nach oben. Wir rechnen nun mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 4,9 Prozent (Prognose vom Juni: -6,0 Prozent). Für das Jahr 2010 erwarten wir nun einen Anstieg der Produktion um 1 Prozent (Juni: 0,4 Prozent). Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich weiter eintrüben, doch bleibt der Anstieg der Arbeitslosigkeit vergleichsweise moderat. Bis zum Ende des Jahres 2010 wird die Arbeitslosigkeit auf 4,2 Mill. Personen steigen.

Der Konjunkturunbruch in Deutschland ist zu Ende gegangen. Im zweiten Quartal dieses Jahres hat das reale Bruttoinlandsprodukt erstmals seit einem Jahr wieder zugenommen (Abbildung 1), und eine Reihe von Frühindikatoren lässt darauf schließen, dass die Produktion nach der Jahresmitte sogar spürbar gestiegen ist. Nachdem sich die Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern gefangen hat und auch der Welthandel nicht mehr schrumpft, hat sich der Rückgang der deutschen Exporte im zweiten Quartal erheblich verlangsamt; allerdings waren die Exporte um annähernd 20 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Da die Importe deutlich stärker abnahmen, war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels sogar erstmals seit einem Jahr wieder positiv. Die inländische Verwendung sank hingegen abermals kräftig. Dies war allerdings allein durch einen starken Lagerabbau bedingt, mit dem die Unternehmen auf den drastischen Rückgang der Nachfrage reagierten. Damit wurde die positive Entwicklung bei den übrigen Verwendungskomponenten überkompensiert. So weiteten die privaten Haushalte ihre Ausgaben wie bereits im Vorquartal spürbar aus. Stützend wirkte dabei die Zunahme der real verfügbaren Einkommen, nicht zuletzt gefördert durch finanzpolitische Maßnahmen. Ferner erhielt die Bauwirtschaft

Abbildung 1:  
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004–2009<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Real, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

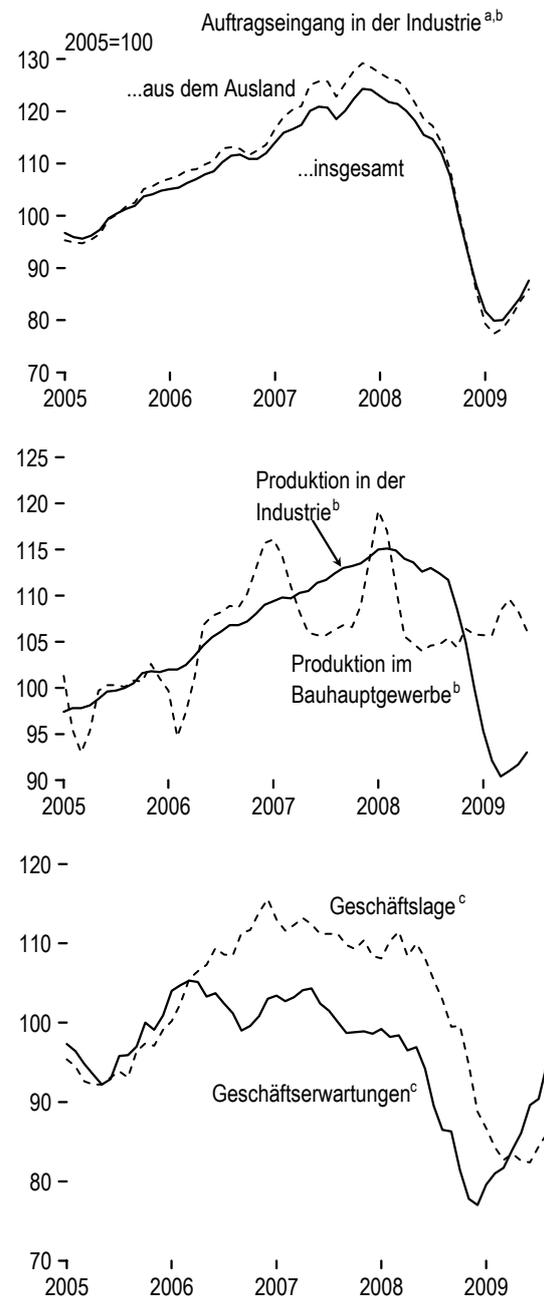
Impulse durch die staatlichen Maßnahmen. Jedoch sind die Investitionsprogramme erst in geringem Umfang umgesetzt worden, so dass die Bauinvestitionen bisher nur moderat zulegen. Erwartungsgemäß waren die Ausrüstungsinvestitionen weiter rückläufig, auch wenn der markante Einbruch beendet wurde. Auf vielen Stufen hat sich die Tendenz sinkender Preise fortgesetzt. Allerdings sind die Verbraucherpreise seit Beginn dieses Jahres in saisonbereinigter Betrachtung annähernd stabil, obwohl sich Energie und Nahrungsmittel weiter verbilligt haben. Im August waren die Kosten der Lebenshaltung so hoch wie ein Jahr zuvor.

Trotz der scharfen Rezession hat die Arbeitslosigkeit bislang sehr wenig zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen war im August dieses Jahres um etwas mehr als 300 000 Personen höher als im Oktober 2008, als der zyklische Tiefpunkt erreicht worden war. Die Arbeitslosenquote (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) betrug 8,3 Prozent, während sie im vergangenen Oktober noch bei 7,6 Prozent gelegen hatte. Einen so geringen Anstieg verzeichnet kaum ein Industrieland, und dies, obwohl der Produktionseinbruch in Deutschland überdurchschnittlich stark war. Auch die Zahl der Beschäftigten ist bislang überraschend wenig zurückgegangen. Ein Grund dafür ist, dass die Zahl der Kurzarbeiter in die Höhe geschellt ist; sie nahm im Juni vermutlich auf mehr als 1,4 Mill. zu. Wichtiger war aber, dass die Arbeitskosten in den vergangenen Jahren als Folge der langanhaltenden Lohnzurückhaltung sehr viel langsamer gestiegen waren als die Arbeitsproduktivität und von daher eigentlich eine weitere Zunahme der Beschäftigung angelegt war.<sup>1</sup>

Für das dritte Quartal dieses Jahres zeichnet sich ein spürbarer Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts ab. Nahezu alle Indikatoren haben sich in jüngster Zeit verbessert, auch wenn sie zumeist noch auf einem sehr niedrigen Niveau liegen. In der gewerblichen Wirtschaft hat das Geschäftsklima beschleunigt zugelegt. Dabei ziehen vor allem die Erwartungen nach oben, aber auch die Beurteilung der Geschäfts-

lage hat sich seit der Jahresmitte von ihrem Rekordtief gelöst (Abbildung 2). In der Industrie zeigt sich seit dem Frühjahr eine Trendumkehr

Abbildung 2:  
Konjunkturindikatoren 2005–2009



<sup>a</sup>Real. — <sup>b</sup>Saisonbereinigt, gleitender Dreimonatsdurchschnitt. — <sup>c</sup>Gewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); *ifo-Konjunkturperspektiven* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu den Abschnitt „Steht dem deutschen Arbeitsmarkt das ‚dicke Ende‘ noch bevor?“

bei den Auftragseingängen und bei der Produktion. Zum Teil ist dies einer steigenden Nachfrage aus dem Ausland geschuldet; auch die Warenexporte haben sich von ihrem Absturz erholt. Indes zeichnet sich bei den Umsätzen des Einzelhandels kaum mehr als eine Stagnation ab. Alles in allem rechnen wir damit, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Vierteljahr um reichlich 4 Prozent (laufende Jahresrate) zulegt.

Der prognostizierte Anstieg im zweiten Halbjahr fällt spürbar höher aus, als wir in unserer Prognose vom Juni dieses Jahres erwartet hatten; überraschend positiv verlief auch die Produktion im zweiten Quartal. Alles in allem revidieren wir daher unsere Prognose nach oben. Für das Jahr 2009 rechnen wir nun mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 4,9 Prozent (Prognose vom Juni: -6,0 Prozent).

### Stabilisierung gelungen – setzt nun ein kräftiger Aufschwung ein?

---

Voraussetzung für die Stabilisierung der Konjunktur dürfte für Deutschland wie auch für die meisten anderen Länder gewesen sein, dass die Notenbanken nach dem Schock für die Finanzmärkte im vergangenen Herbst die Liquidität massiv ausweiteten und so einem Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems entgegenwirkten. Daneben haben die Maßnahmen der Regierungen zur Stützung der Banken sowie zur Sicherung der Einlagen einem ausgeprägten Vertrauensverlust entgegengewirkt. Insbesondere wurde damit verhindert, dass die Kreditvergabe durch die Banken drastisch eingeschränkt wurde, was vermutlich zu einem noch stärkeren und länger anhaltenden Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität geführt hätte. Insofern hat die Wirtschaftspolitik ganz anders reagiert als in der Zeit der Großen Depression in den 1930er Jahren, als sie viel zu passiv gewesen war (vgl. Boss et al. 2009d). Infolge all dieser Maßnahmen konnte der weltweite konjunkturelle Abschwung gestoppt werden, wenn-

gleich er als Folge der zeitweise sehr großen Unsicherheit und der massiven Vermögensverluste ungewöhnlich scharf verlief.

Wichtige Kennziffern wie Risikoprämien deuten darauf hin, dass sich die Lage an den Finanzmärkten erheblich entspannt hat. Daneben haben sich weltweit wichtige Frühindikatoren stabilisiert oder deuten auf eine Erholung der Konjunktur hin. Auch in Deutschland hat sich das Geschäftsklima erheblich verbessert, und Produktion und Nachfrage verzeichnen eine Wende zum Positiven. Der Verlauf der Geschäftserwartungen lässt sogar einen kräftigen Anstieg der Produktion in den kommenden Quartalen erwarten. Dennoch erscheint es uns falsch, einen regelrechten Aufschwung zu prognostizieren, bei dem die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zügig und nachhaltig zunimmt. Die Erfahrung legt nahe, dass Rezessionen, in denen es eine Bankenkrise gab, schärfer verlaufen und vor allem länger andauern als „normale“ Rezessionen (vgl. Boss et al. 2009d).

Tatsächlich ist die eigentliche Finanzkrise trotz einiger Fortschritte keineswegs überwunden. Aufgrund von gravierenden Problemen im Bankensektor und einer hohen Verschuldung der privaten Haushalte dürfte das Wachstumstempo in vielen Ländern auf absehbare Zeit deutlich niedriger ausfallen als vor der Krise. Von daher erhält die deutsche Wirtschaft weniger Impulse aus dem Ausland. Daneben ist damit zu rechnen, dass die deutsche Wirtschaft gegenüber dem übrigen Euroraum – wenn auch nur leicht – an Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Auch in Deutschland ist die Eigenkapitalbasis des Bankensystems im Zuge der Krise bereits empfindlich geschrumpft, und sie wird sich durch die Zunahme der konjunkturell bedingten Unternehmensinsolvenzen weiter verringern. Dies wird die Kreditvergabe der Banken an die Unternehmen spürbar beeinträchtigen (vgl. Prognose-Zentrum des Instituts für Weltwirtschaft 2009), auch wenn wir für die Prognose unterstellen, dass eine regelrechte Kreditklemme vermieden werden kann. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird daher im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen schwach bleiben. Alles in allem halten wir ein Szenario für wahrscheinlich, in dem die kon-

junkturrelle Erholung in der Grundtendenz nur in moderatem Tempo verläuft.

Es gibt aber durchaus auch günstige Signale. So wird sich Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt zwar verschlechtern, aber nicht so stark wie in anderen Ländern und auch bei Weitem nicht so stark, wie man aufgrund der Schärfe des Produktionsrückgangs erwarten könnte. Tatsächlich haben die Daten zur Arbeitslosigkeit und Beschäftigung bereits seit geraumer Zeit positiv überrascht, zuletzt ist die Zahl der Arbeitslosen nur leicht gestiegen. Ein Grund für diese günstige Entwicklung ist, dass die Arbeitsmarktreformen und die dadurch induzierte Lohnzurückhaltung immer noch nachwirken. Wegen des im Vergleich zum Produktivitätszuwachs nur geringen Anstiegs der Arbeitskosten war die Ertragslage der Unternehmen vor der Rezession sehr günstig, und die Zunahme der Beschäftigung hätte sich bei normaler Konjunktur vermutlich fortgesetzt. Diese These wird gestützt durch unsere Modellanalysen, nach denen die strukturelle Arbeitslosigkeit als Folge der Arbeitsmarktreformen deutlich gesunken ist,<sup>2</sup> die tatsächliche Arbeitslosigkeit im Jahr 2008 aber noch höher war. Damit unterschied sich die Ausgangslage fundamental von den Spätphasen früherer Aufschwünge, als sich zumeist ein Lohnkostendruck aufgebaut hatte, durch den ein Abbau der Beschäftigung angelegt war. Zwar ist nicht zu erwarten, dass in der aktuellen Rezession per saldo Entlassungen ausbleiben werden. Es wird aber voraussichtlich nicht zu einem massiven Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt kommen, der die Aussichten für den privaten Konsum und für die konjunkturelle Expansion insgesamt erheblich beeinträchtigen würde.

Die relativ günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt spricht auch dafür, dass die realen Konsumausgaben in Deutschland weniger gedämpft werden als im übrigen Euroraum. Darüber hinaus wird die Binnennachfrage in einer

---

<sup>2</sup> Mittlerweile sind allerdings einige Reformen zurückgenommen worden, und durch andere Maßnahmen, vor allem durch die Einführung von Mindestlöhnen in zahlreichen Branchen, sind die Wirkungen der Arbeitsmarktreformen konterkariert worden. Dennoch bleibt es bei dem insgesamt positiven Effekt.

Reihe von Ländern dadurch gedrückt, dass nach dem Platzen der Immobilienblase eine Korrektur bei den Bauinvestitionen erfolgt; auch dadurch wird der Arbeitsmarkt in den betroffenen Ländern besonders hart getroffen. Im Zuge der unterschiedlichen Entwicklung auf den Arbeitsmärkten setzt eine Korrektur auf der Kostenseite ein: Während in Deutschland die Löhne lange Zeit vergleichsweise moderat stiegen, löst die besonders hohe Arbeitslosigkeit in den von der Immobilienkrise betroffenen Ländern nun einen starken Druck auf die Löhne aus. Damit dürfte sich der Abstand bei den Arbeitskosten wieder tendenziell verringern. Mit anderen Worten: Gegenüber dem übrigen Euroraum verliert die deutsche Wirtschaft – wenn auch nur leicht – an Wettbewerbsfähigkeit, nachdem dies zuvor über viele Jahre umgekehrt war. Alles in allem dürfte die Binnennachfrage in Deutschland in nächster Zeit einen größeren Beitrag zur konjunkturellen Erholung leisten, während der Beitrag vom Außenhandel vorerst sogar negativ sein dürfte.

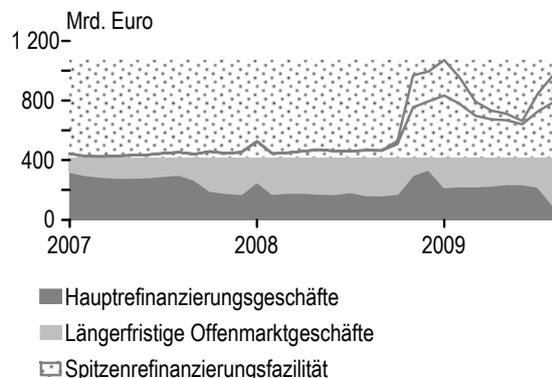
---

### Monetäre Rahmenbedingungen unverändert – Kreditklemme nicht ausgeschlossen

Seit Juni 2009 haben sich die monetären Rahmenbedingungen nicht nennenswert geändert. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Hauptrefinanzierungssatz bei 1 Prozent belassen und damit die Reihe von Zinssenkungen vorerst beendet. Dabei teilt sie den Banken immer noch Liquidität im vollen nachgefragten Umfang zu und hat das Volumen der längerfristigen Geschäfte nochmals ausgeweitet (Abbildung 3); so bot sie Ende Juni erstmals ein Refinanzierungsgeschäft mit einer Laufzeit von einem Jahr an. Außerdem hat die EZB im Juli damit begonnen, Pfandbriefe anzukaufen, um zu helfen, diesen für die Refinanzierung von Banken in Europa wichtigen Markt wiederzubeleben; insgesamt soll das Aufkaufprogramm ein Volumen von rund 60 Mrd. Euro haben.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

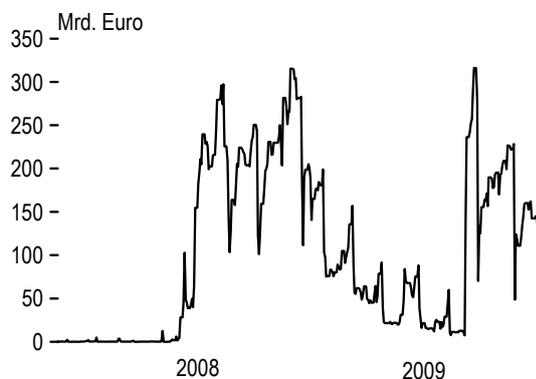
Abbildung 3:  
Zusammensetzung der Refinanzierungsgeschäfte der EZB  
2007–2009



Quelle: EZB (lfd. Jgg.).

Die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge im Juli und im August hat dazu geführt, dass die Banken wieder mehr Überschussliquidität haben – abzulesen am erneuten Anschwellen der Volumina der Einlagefazilität der EZB (Abbildung 4). Die Auswirkungen der EZB-Operationen zeigen sich aber auch am Geldmarkt, wo die Zinssätze für unbesicherte Geschäfte weiter gesunken sind. So ging der Eonia, der Zinssatz für unbesichertes Tagesgeld, nochmals zurück und lag im August bei durchschnittlich nur noch rund 0,35 Prozent. Auch verringerten sich die Risikoaufschläge für unbesicherte Geldmarkt-

Abbildung 4:  
Volumen der Einlagefazilität im Euroraum 2008–2009<sup>a</sup>

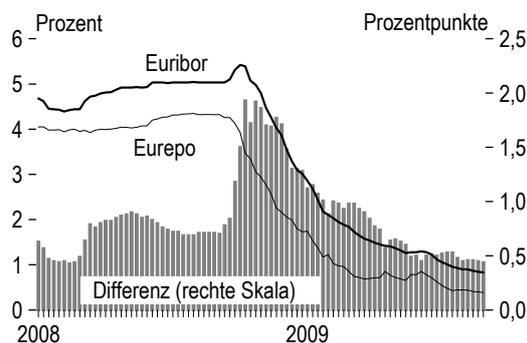


<sup>a</sup>Tägliche Einlagen europäischer Banken.

Quelle: EZB (2009).

geschäfte längerer Laufzeit weiter; der Satz für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) lag Ende August mit gut 0,8 Prozent rund 0,4 Prozentpunkte über dem Satz für besichertes Dreimonatsgeld (Eurepo), nachdem der Risikoaufschlag in den vergangenen Quartalen bis zu 2 Prozentpunkte betragen hatte (Abbildung 5).

Abbildung 5:  
Geldmarktsätze für besichertes und unbesichertes  
Dreimonatsgeld 2008–2009



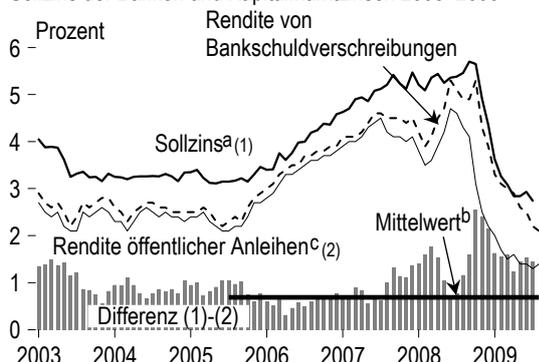
Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Eurepo (2009); eigene Berechnungen.

Die gesunkenen Refinanzierungskosten am Interbankenmarkt und die fallenden Renditen auf Bankschuldverschreibungen haben in den Monaten Mai bis Juli – anders als in den Monaten zuvor – nicht zu einem deutlichen Rückgang der Sollzinsen für Kredite an Unternehmen geführt (Abbildung 6). Diese betragen im Juli 2,7 Prozent und lagen damit nur unwesentlich unter dem Aprilwert. Am Markt für Unternehmensanleihen haben die Renditen im gleichen Zeitraum weiter nachgegeben. Der Risikoaufschlag von Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen gleicher Laufzeit sank von April bis Juni um 1,4 Prozentpunkte. Die Rendite von Anleihen deutscher Unternehmen lag im Juli bei 5,2 Prozent, nach 6,3 Prozent im April (Abbildung 7).<sup>3</sup> Insgesamt haben sich die Fremdfinanzierungskosten der Unternehmen in Deutschland zwischen April und Juli kaum geändert.

<sup>3</sup> Die Renditen europäischer Unternehmensanleihen mittlerer Bonität sanken deutlicher, liegen aber immer noch signifikant über jenen der Anleihen deutscher Unternehmen.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

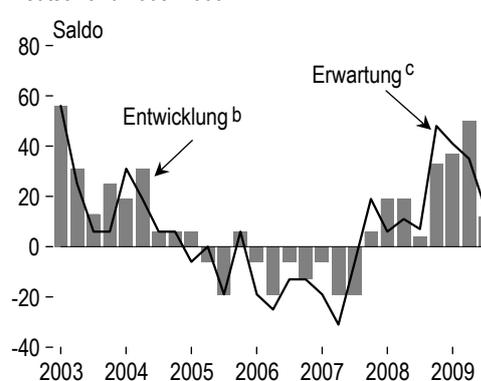
Abbildung 6:  
Sollzinsen der Banken und Kapitalmarktzinsen 2003–2009



<sup>a</sup>Für Unternehmenskredite über 1 Mill. Euro mit variabler Verzinsung oder Zinsbindung bis zu einem Jahr. — <sup>b</sup>Über den Zeitraum von August 2005 bis Juli 2007. — <sup>c</sup>Mit einer Restlaufzeit von 1–2 Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

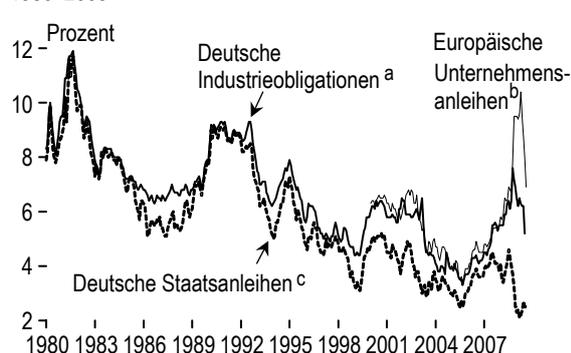
Abbildung 8:  
Veränderung der Vergabestandards für Unternehmenskredite in Deutschland 2003–2009<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Saldo aus Banken, welche eine Anhebung der Standards angeben, und Banken, die über eine Lockerung berichten. — <sup>b</sup>In den vergangenen drei Monaten. — <sup>c</sup>Für die kommenden drei Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bank Lending Survey* (lfd. Jgg.).

Abbildung 7:  
Renditen auf Unternehmensanleihen und Kapitalmarktzinsen 1980–2009



<sup>a</sup>Mit 5-jähriger Laufzeit. — <sup>b</sup>Mit BBB Rating und 5–7-jähriger Laufzeit. — <sup>c</sup>Mit mittlerer Restlaufzeit von über drei Jahren.

Quelle: Merill Lynch via Thomson Financial Datastream; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.).

Der Bank Lending Survey (BLS) der EZB weist in die gleiche Richtung. Zwar wurden die Kreditvergabestandards in den vergangenen drei Monaten im Durchschnitt noch gestrafft, aber längst nicht mehr so stark wie in den Quartalen zuvor (Abbildung 8). In den kommenden drei Monaten dürfte dieser Trend bestätigt werden, da der Anteil der Banken, die eine Straffung der Vergabestandards erwarten, jenen der Banken, die von einer Lockerung aus-

gehen, nur noch um gut 10 Prozentpunkte übertrifft, nach bis zu knapp 50 Prozentpunkten in den vergangenen Quartalen. Die Fremdkapitalkosten und die Liquiditätssituation der Banken wirken erstmals seit dem Beginn der Finanzkrise wieder in Richtung Lockerung der Kreditvergabestandards, während die allgemeine konjunkturelle Lage immer noch der am häufigsten genannte Grund für die Straffung ist (Tabelle 1).

Zurzeit wird viel diskutiert, ob die Serie von Verschärfungen der Kreditvergabestandards in Deutschland zu einer „Kreditklemme“ geführt hat oder in nächster Zukunft führen könnte.<sup>4</sup> Und tatsächlich zeigt z.B. die vom ifo Institut durchgeführte Umfrage unter Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, dass Firmen mehr und mehr über restriktive Bedingungen bei der Kreditvergabe berichten (Abbildung 9). Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag berichtet von strengeren Kreditvergabebedingungen und weist außerdem auf eine zuneh-

<sup>4</sup> Wir verstehen hier unter einer Kreditklemme eine Situation, in der die Banken ihren Kreditbestand über eine drastische Einschränkung des Neugeschäfts zurückfahren, so dass auch gesunde Unternehmen aufgrund von Problemen im Bankensektor keine Kredite zu „angemessenen“ Konditionen mehr bekommen.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Tabelle 1:

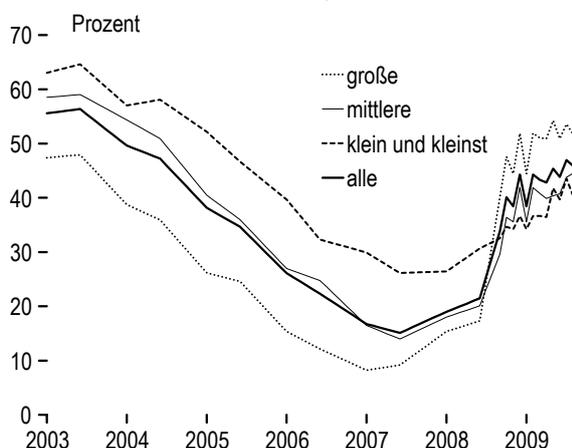
Gründe für die Veränderung der Kreditstandards in Deutschland 2003–2009<sup>a</sup>

	Eigenkapitalkosten	Fremdfinanzierungskosten	Liquiditätssituation	Konjunkturaussichten
2003 <sup>b</sup>	28	24	8	48
2004 <sup>b</sup>	11	0	-3	0
2005 <sup>b</sup>	5	0	-3	8
2006 <sup>b</sup>	-2	0	-6	-13
2007 <sup>b</sup>	3	3	-2	-22
2008Q1	6	19	19	6
2008Q2	12	17	19	15
2008Q3	4	17	12	4
2008Q4	8	25	16	33
2009Q1	27	33	23	52
2009Q2	25	18	8	54
2009Q3	13	-4	-8	31

<sup>a</sup>Jeweils Saldo aus der Anzahl der Banken, die den Faktor als Grund für eine Anhebung der Standards angeben, und der Anzahl der Banken, die den Faktor als Grund für eine Absenkung der Standards angeben. — <sup>b</sup>Jahresdurchschnitte.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bank Lending Survey* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 9: ifo-Kredithürde nach Unternehmensgröße 2003–2009<sup>a</sup>



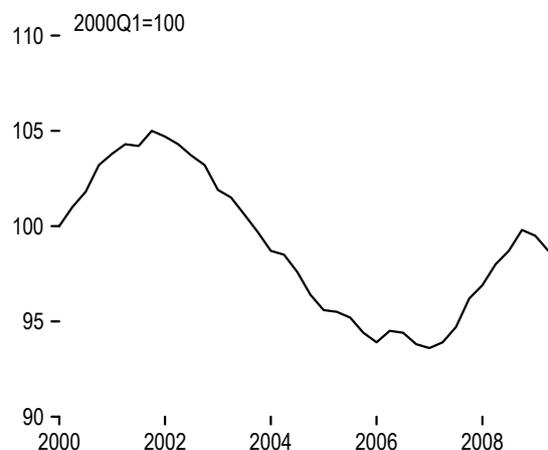
<sup>a</sup>Anteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten. Ab November 2008 Monatswerte.

Quelle: ifo-Schnelldienst (lfd. Jgg.).

mende Heterogenität im Zugang der Unternehmen zu Krediten hin (DIHK 2009). Ferner ist das Volumen der an Unternehmen außerhalb des Finanzsektors vergebenen Kredite im ersten und im zweiten Quartal erstmals seit

Anfang 2007 zurückgegangen, nämlich um 0,4 bzw. 0,8 Prozent (Abbildung 10). Allerdings dürfte der Einbruch der Investitionstätigkeit zu einem merklichen Rückgang der Kreditnachfrage geführt haben, so dass die Entwicklung des realisierten Kreditvolumens nicht allein auf Angebotsfaktoren zurückzuführen ist. Dafür spricht auch, dass die Banken in der jetzigen Rezession den Fall des allgemeinen Zinsniveaus nicht weniger zögerlich an Unternehmen weitergeben als in früheren Zyklen (Deutsche Bundesbank 2009: 38–39). Außerdem scheint es für von der Rezession besonders betroffene Branchen bislang noch möglich zu sein, die Kreditaufnahme auszuweiten. So lag das Volumen der Kredite im Maschinen- und Fahrzeugbau im zweiten Quartal des laufenden Jahres um knapp 25 Prozent über dem Vorjahresstand (Tabelle 2). Insgesamt sprechen die Daten nicht dafür, dass die Finanzkrise bereits zu einer allgemeinen Kreditklemme in Deutschland geführt hat. Allerdings drohen dem deutschen Bankensystem nach Schätzungen der EZB noch hohe Abschreibungen (EZB 2009: 102); daher könnte es beim Ausbleiben ausgleichender Rekapitalisierungsmaßnahmen oder unveränderten Bilanzierungsvorschriften zu einer Situation kommen, in der die Banken ihre Kreditportfolien reduzieren müssen, um ein gesundes Verhältnis zwischen Eigenkapital und Bilanz-

Abbildung 10: Kredite an Unternehmen außerhalb des Finanzsektors 2000–2009



Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bankenstatistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Tabelle 2:  
Kreditvergabe an ausgewählte Branchen

Branche	2008Q2 –2009Q2 <sup>a</sup>	2009 Q1 <sup>b</sup>	2008 Q2 <sup>b</sup>
Insgesamt	3,9	2,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	2,8	2,8	-0,3
Chemieindustrie	-8,3	-0,7	-3,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	-1,6	0,4	-4,4
Glas- und Keramikgewerbe	6,2	15,4	0,1
Metallindustrie	4,7	2,6	0,9
Maschinen- und Fahrzeugbau	24,6	7,3	2,3
Büromaschinen/Datenverarbeitung	-8,2	-0,7	-3,4
Holzgewerbe	-13,5	-1,6	-1,7
Textil- und Bekleidungsindustrie	-4,7	2,8	-1,3
Ernährungsgewerbe	1,6	0,9	0,8
Energie- und Wasserversorgung	18,6	4,7	1,6
Baugewerbe	6,7	3,8	1,1
Handel	-3,9	-5,4	-1,7
Land- und Forstwirtschaft	2,4	-0,7	2,2
Verkehr	9,1	0,8	0,2
Finanzgewerbe	33,5	26,5	7,3
Dienstleistungen	-1,5	-0,9	-1,4
<i>Nachrichtlich:</i>			
Insgesamt ohne Finanzgewerbe	0,7	-0,4	-0,8

<sup>a</sup>Veränderung zwischen dem zweiten Quartal 2008 und dem zweiten Quartal 2009 in Prozent. — <sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bankenstatistik* (Ifd. Jgg.).

summe wiederherzustellen.<sup>5</sup> Eine Unterversorgung der Wirtschaft mit Krediten wäre in einer solchen Situation nicht mehr ausgeschlossen.

Genau wie von den binnenwirtschaftlichen Faktoren zur Bestimmung der monetären Rahmenbedingungen gingen auch von außenwirtschaftlicher Seite in den vergangenen Monaten keine Impulse aus, die eine Veränderung der monetären Rahmenbedingungen bewirkt hätten. Der Euro schwankte gegenüber dem US-Dollar in einer sehr engen Bandbreite und lag Anfang September mit 1,42 exakt auf dem Niveau von Anfang Juni. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen dürfte sich im dritten Quartal leicht verschlechtert haben.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass die EZB den Hauptrefinanzierungssatz aufgrund der weiter geringen Kapazitätsauslastung und niedriger Inflationserwartungen bei 1 Prozent belassen wird – eine weitere Senkung auf 0,75 Prozent, wie von uns noch im Juni erwartet, scheint vor dem Hintergrund der Stabilisierung der Konjunktur nicht wahrscheinlich (Tabelle 3). Die Kapitalmarktzinsen werden vor diesem Hintergrund nachgeben und gegen Ende des Jahres 2010 rund 3,0 Prozent errei-

Tabelle 3:  
Rahmendaten für die Konjunktur 2008–2010

	2008				2009				2010			
	I	II	III	IV	I	II	III <sup>a</sup>	IV <sup>b</sup>	I <sup>b</sup>	II <sup>b</sup>	III <sup>b</sup>	IV <sup>b</sup>
Maßgeblicher Leitzins der EZB <sup>c</sup>	4,0	4,0	4,3	3,2	1,5	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,9	4,3	4,3	3,5	3,1	3,4	3,3	3,2	3,1	3,2	3,0	3,0
Tariflohnindex <sup>d,e</sup>	2,6	1,7	2,9	3,6	3,1	2,7	3,0	2,9	1,1	0,7	1,4	1,4
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,55	1,56	1,44	1,34	1,31	1,40	1,42	1,42	1,42	1,42	1,42	1,42
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft <sup>f</sup>	94,1	94,8	94,3	91,6	92,6	93,1	95,0	95,4	95,5	95,6	95,7	95,7
Industrieproduktion im Ausland <sup>g,h</sup>	2,6	-2,7	-7,5	-21,8	-22,6	-4,8	4,5	4,0	3,5	3,0	2,5	2,5
Rohölpreis <sup>i</sup>	96,7	122,5	115,6	55,9	45,0	60,0	68,4	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0

<sup>a</sup>Geschätzt. — <sup>b</sup>Prognose. — <sup>c</sup>Hauptrefinanzierungssatz. — <sup>d</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — <sup>e</sup>Auf Stundenbasis. — <sup>f</sup>Gegenüber 36 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1999 I = 100. — <sup>g</sup>Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — <sup>h</sup>In 45 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. — <sup>i</sup>US-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (Ifd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (Ifd. Jgg.); IMF (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

<sup>5</sup> Eine Aussetzung der Basel II-Regeln aus diesem Grund wird derzeit diskutiert (z.B. Lehment 2009).

chen. Wir nehmen des Weiteren für unser Basisszenario an, dass der Abschreibungsbedarf im Bankensystem nicht so groß sein wird, dass es zu einer Kreditklemme kommt, bzw. dass wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, die die Belastungen durch Abschreibungen für die Banken hinreichend dämpfen oder die Kreditversorgung der Unternehmen auf andere Weise sichern. Für den Euro unterstellen wir einen konstanten Wechselkurs von 1,42 US-Dollar pro Euro. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen bis Ende 2010 leicht verschlechtern.

## Kräftige Impulse von der Finanzpolitik

Die Finanzpolitik stützt die Konjunktur auf vielfache Weise (Boss et al. 2009b: 27–29). Fasst man die Konjunkturpakete sowie andere Maßnahmen, die z.T. schon im Herbst 2008 beschlossen worden waren, zusammen, so beläuft sich der finanzpolitische Impuls, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, im Jahr 2009 auf 1,5 Prozent und im Jahr 2010 auf reichlich 2 Prozent.

Die Impulse waren schon im ersten Halbjahr 2009 recht stark (Tabelle 4). Sie trugen insbesondere dazu bei, dass die nominalen privaten Konsumausgaben im ersten Halbjahr nicht sanken, sondern in etwa stagnierten. Die finanzpolitisch bedingten Mindereinnahmen sowie Mehrausgaben des Staates spiegeln allerdings dessen Einfluss auf die Konjunktur im ersten Halbjahr nur teilweise wider. So wirkte die Abwrackprämie auf Produktion und Importe, ohne dass die Ausgaben schon nennenswert stiegen (vgl. Abschnitt „Binnennachfrage steigt spürbar“). Auch die Bautätigkeit wurde – wie die Entwicklung der öffentlichen Aufträge zeigt – angeregt, ohne dass im Rahmen der Konjunkturpakete bereits Ausgaben in größerem Umfang getätigt wurden (BMF 2009b). Überdies könnten sich die erwarteten Maßnah-

Tabelle 4:  
Finanzpolitische Impulse<sup>a</sup> 2009–2010 (Mrd. Euro)

	1. Hj. 2009	2. Hj. 2009	1. Hj. 2010	2. Hj. 2010
Reduktion der Einkommensteuersätze	-1,40	-1,71	-2,78	-3,00
Rücknahme der Kürzung der Entfernungspauschale	-3,00	-2,44	-1,50	-1,56
Erhöhung der absetzbaren Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	-	-	-4,00	-4,27
Sonstige steuerpolitische Maßnahmen	-2,80	-3,84	-4,13	-4,31
Anhebung des Kindergeldes, Auszahlung des „Kinderbonus“	-2,90	-1,18	-1,10	-1,10
Änderung der Beitragssätze in der Krankenversicherung	-	-2,50	-2,40	-2,50
Arbeitslosenversicherung	-1,90	-2,01	-1,90	-2,01
Pflegeversicherung	1,05	-	-	-
Förderung der Kurzarbeit	-0,45	-1,11	-1,07	-0,70
Ausweitung der öffentlichen Investitionen	-0,20	-3,00	-5,00	-5,00
Gewährung der Abwrackprämie <sup>b</sup>	-1,15	-3,65	-0,20	-
Eingriffe in die Rentenformel <sup>c</sup>	-0,70	-0,80	-1,50	-1,50
Sonstige Maßnahmen bei den Ausgaben	-0,30	-0,50	-0,50	-0,50
Insgesamt	-13,75	-22,74	-26,08	-26,45
<i>darunter:</i>				
Maßnahmen mit unmittelbarem Effekt auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	-9,94	-12,82	-14,19	-14,60
dito, in Prozent des verfügbaren Einkommens <sup>d</sup>	1,3	1,2	1,7	1,8

– keine Angabe. — <sup>a</sup>Auswirkungen der Konjunkturpakete, der Reaktionen auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts sowie sonstiger Maßnahmen auf den Budgetsaldo des Staates. — <sup>b</sup>Vermögensübertragung an private Haushalte. — <sup>c</sup>Einschließlich der Auswirkungen z.B. auf den Regelsatz des Arbeitslosengeldes II. — <sup>d</sup>Um Abwrackprämie erhöht.

Quelle: BMF (2009a); Boss et al. (2009a, 2009b); Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009); eigene Berechnungen.

men wie z.B. die Reduktion des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung ab Juli 2009 positiv auf die Konjunktur ausgewirkt haben. Auch im Prognosezeitraum wird die Finanzpolitik die Konjunktur kräftig stützen.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Die gesamten Ausgaben des Staates dürften im Jahr 2009 um 4,5 Prozent und damit wesentlich rascher als im Jahr 2008 zunehmen. Die Personalausgaben steigen stark, weil die Löhne im öffentlichen Dienst deutlich steigen. Die Altersrenten wurden im Juli 2009 um 2,6 Prozent angehoben; auch wurden der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II und der der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöht. Im Jahr 2010 wird sich der Anstieg der Ausgaben wohl auf 2,8 Prozent abschwächen. Die öffentlichen Investitionen werden zwar verstärkt ausgeweitet. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden aber wie im gewerblichen Bereich wohl um nur knapp 1 1/2 Prozent angehoben. Auch die sozialen Sachleistungen der Sozialversicherung werden merklich verlangsamt expandieren. Eine Kürzung der Altersrenten ab Juli 2010, die aufgrund der Lohnentwicklung im Jahr 2009 angezeigt wäre, wird durch einen nochmaligen Eingriff in die Rentenformel verhindert. Die gesamten Ausgaben des Staates dürften im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt mit 48,9 Prozent sogar höher sein als in der Phase, die dem Sparkurs der Jahre 2004–2008 vorausging (Tabelle 5).

Die Einnahmen des Staates werden im Jahr 2009 rezessionsbedingt und infolge der Abgabensenkungen stark abnehmen. Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) dürfte im Jahr 2009 rund 65 Mrd. Euro betragen. Der Swing des Budgetsaldos in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (2,7 Prozent) ist angesichts der Tiefe der Rezession und des finanzpolitischen Impulses gering. Häufig verwendete Faustformeln hätten einen negativen Swing in Höhe von 4 bis 4 1/2 Prozent erwarten lassen. Der geringe Anstieg des Budgetdefizits beruht zum Teil darauf, dass die VGR infolge des Urteils des Bundesverfassungsgericht (BVG) zur Entfernungspauschale für das Jahr 2008 Mindereinnahmen in Höhe von 4,8 Mrd. Euro erfassen, für das Jahr 2009 werden Mehreinnahmen in dieser Höhe in die Rechnung einbezogen.<sup>6</sup> Zudem ändern sich die Einkom-

<sup>6</sup> Möglicherweise wird ein kleiner Teil der Mehreinnahmen erst für das Jahr 2010 verbucht.

Tabelle 5:  
Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2000–2010<sup>a</sup> (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern <sup>b</sup>	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen <sup>c</sup>	Budgetsaldo
2000	47,6 <sup>d</sup>	25,0	18,3	3,1	-1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	-3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	-4,0
2004	47,1	22,2	17,9	3,2	-3,8
2005	46,8	22,5	17,7	3,3	-3,3
2006	45,4	23,3	17,2	3,3	-1,6
2007	43,7	24,2	16,5	3,2	0,2
2008	43,7	24,3	16,4	3,0	0,0
2009 <sup>e</sup>	47,8	24,4	17,3	3,4	-2,7
2010 <sup>e</sup>	48,9	23,7	17,3	3,1	-4,8

<sup>a</sup>Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; ab 2009 einschließlich Teile der privaten Krankenversicherung. — <sup>b</sup>Einschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — <sup>c</sup>Ausschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — <sup>d</sup>Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — <sup>e</sup>Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

mensverteilung und die Struktur der Einkommensverwendung im Jahr 2009 in einer Weise, die das Steuer- und Beitragsaufkommen relativ zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts wenig negativ tangiert. Die Lohnsumme, die durch Lohnsteuer und Sozialbeiträge belastet wird, sinkt um nur 0,7 Prozent; der Exportüberschuss, der kräftig abnimmt, wird nicht durch die Mehrwertsteuer belastet, während der Teil des Bruttoinlandsprodukts, der durch die Mehrwertsteuer getroffen wird, deutlich steigt. Im Jahr 2010 wird das Budgetdefizit wohl um 49 auf 114 Mrd. Euro steigen. Der Einfluss der Erfassung der Mindereinnahmen infolge des Urteils des BVG wirkt mit umgekehrtem Vorzeichen, der finanzpolitische Impuls nimmt zu, und der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat größere Mehrausgaben als im Jahr 2009 zur Folge.

Die Finanzlage der Sozialversicherung wird sich im Jahr 2009 vor allem rezessionsbedingt und wegen der Mehrausgaben infolge der Anhebung der Honorare für Ärzte sowie anderer Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversi-

cherung verschlechtern. Die Beitragsbelastung ändert sich per saldo kaum. Im Jahr 2010 wird das Budgetdefizit der Sozialversicherung deutlich steigen, auch deshalb, weil der Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahresdurchschnitt niedriger als im Jahr 2009 sein wird und weil beträchtliche Mehrausgaben z.B. für das Arbeitslosengeld und das Kurzarbeitergeld anfallen werden.

Die Entwicklung bei den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung wird in den Jahren 2009 und 2010 sehr unterschiedlich sein (Anhang, Tabellen A1 bis A3). Die Arbeitslosenversicherung wird Ende des Jahres 2009 nur noch geringe Reserven haben und im Jahr 2010 ein hohes Darlehen des Bundes benötigen. Die Krankenversicherung wird durch einen zusätzlichen Zuschuss des Bundes gestützt werden. Die Rentenversicherung wird ihr Defizit durch Entnahmen aus der Rücklage decken können.

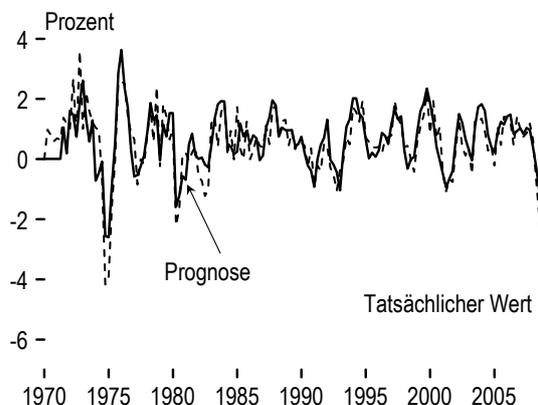
## Belebung im Außenhandel

Der kräftigste Rückgang der Exporte in der Geschichte der Bundesrepublik ist zu Ende. Waren die realen Ausfuhren im ersten Quartal 2009 noch mit einer laufenden Jahresrate von über 35 Prozent gesunken, so sanken sie im zweiten Quartal um lediglich 4,7 Prozent und zeigten in dessen Verlauf eine deutliche Aufwärtstendenz. Im Juni stiegen die Lieferungen so kräftig wie seit September 2006 nicht mehr.

Im Vorfeld der Krise wurde der Rückgang der Exporte stark unterschätzt. Es stellt sich die Frage, inwieweit dieser Absturz durch die üblichen Determinanten des deutschen Exports, nämlich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Auslandskonjunktur, erklärt werden kann. Da sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit während der Finanzkrise nur geringfügig veränderte, müsste der Rückgang der Ausfuhren durch die schwache Entwicklung der Auslandskonjunktur bedingt sein. Bringt man die handelsgewichtete Industrieproduktion der wichtigsten Abnehmerländer ins Verhältnis zum handelsgewichteten Bruttoinlandsprodukt der

Handelspartner, so sank diese deutlich kräftiger, als es die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Abnehmerländern nahe gelegt hätte (Abbildung 11). Dieser Effekt lässt sich auch in vergangenen scharfen Rezessionen wie 1974/75 und 1980/82 beobachten. Den äußerst kräftigen Absturz der Exporte vermag aber selbst die überaus stark gesunkene Industrieproduktion der Abnehmerländer nicht zu erklären. Diese Tatsache lässt vermuten, dass während der Finanzkrise andere Einflussgrößen die Ausfuhr zusätzlich gedämpft haben. In diesem Zusammenhang sind die ungünstigen Finanzierungsbedingungen für Handelsunternehmen und die damit verbundene Einschränkung von Handelskrediten eine naheliegende Ursache. Aktuelle Studien auf Firmenebene deuten darauf hin, dass insbesondere Exportunternehmen von Finanzierungsengpässen während Bankenkrise betroffen sind, da sie neben den eigentlichen Produktionskosten auch in ausländischen Märkten mit zusätzlichen Finanzierungskosten konfrontiert werden (siehe dazu z.B. Iacovone und Javorcik 2008 und Muuls 2008). Iacovone und Zavacka (2009) zeigen, dass die Exporte mit hoher Abhängigkeit externer Finanzierung (z.B. Produzenten von Maschinen) stärker zurückgehen als jene von Gütern mit niedriger externer Finanzierungsquote (z.B. Produzenten von Schuhen). Geht man davon aus, dass das auf Investitionsgüter spezialisierte deutsche Ex-

Abbildung 11:  
Zusammenhang zwischen Industrieproduktion im Ausland und Bruttoinlandsprodukt im Ausland 1970–2009<sup>a</sup>



<sup>a</sup>In 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. Veränderungen zum Vorquartal.

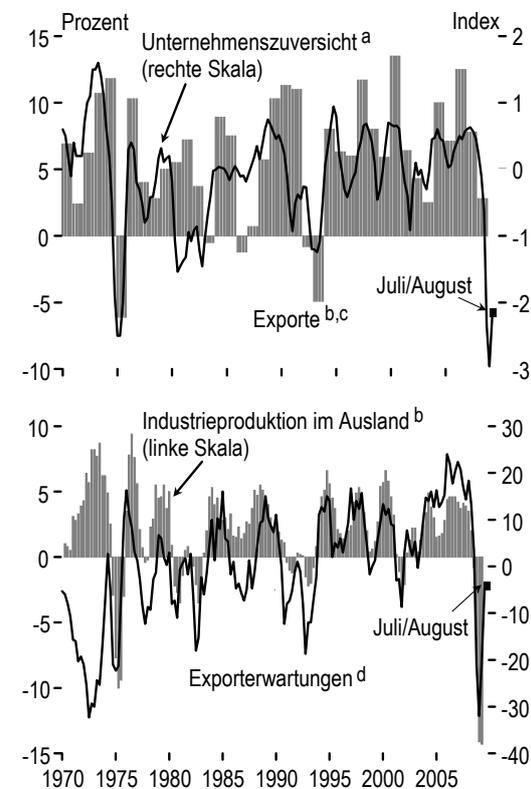
Quelle: Eigene Berechnungen.

portgütersegment einer vergleichsweise hohen externen Finanzierungsabhängigkeit unterliegt, dürfte ein signifikanter Teil der Exportbranche mit der Vorfinanzierung ihrer Handelsgeschäfte in Probleme geraten sein und geplante Handelsgeschäfte annulliert oder verschoben haben. Dies kann einen Teil der von der Auslandskonjunktur nicht erklärten Abwärtsdynamik ausmachen. Zudem dürfte die allgemeine Unsicherheit über die Absatzperspektiven in den Abnehmerländern eine restriktive Auswirkung auf das Abschließen von Handelsverträgen gehabt und somit die Lieferungen überproportional zu den eigentlichen Produktionseinbußen gedämpft haben.

Am aktuellen Rand kündigt sich bei den Exporten eine deutliche Belebung an. Dazu haben in den vergangenen Monaten vor allem erste Nachfrageimpulse aus Ostasien beigetragen. Aber auch das Auslaufen der konjunkturellen Talfahrt in den Industrieländern stabilisierte den deutschen Export. Die Frühindikatoren deuten für die kommenden Monate auf eine kräftige Dynamik bei den Ausfuhren hin. So zeigt der von uns berechnete Indikator der Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern seit März dieses Jahres eine Aufwärtstendenz (Abbildung 12). Die Exporterwartungen sind zuletzt spürbar gestiegen und befinden sich nur noch knapp unterhalb der Expansionsgrenze. Die Auftragseingänge aus dem Ausland haben kräftig zugenommen (Abbildung 13); sie liegen jedoch noch immer 30 Prozent unter ihrem Vorjahresniveau.

Für unsere Prognose gehen wir unter der Annahme eines konstanten Wechselkurses von 1,42 US-Dollar pro Euro davon aus, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure in den kommenden Quartalen leicht verschlechtert. Grund dafür ist ein etwas schwächerer Lohnanstieg im übrigen Euroraum und in den Vereinigten Staaten, der aus der dort ungünstigeren Entwicklung an den Arbeitsmärkten resultieren dürfte.<sup>7</sup> Für die zweite Jahres-

Abbildung 12:  
Indikatoren für den deutschen Export 1970–2009



<sup>a</sup>In 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. —  
<sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — <sup>c</sup>Jahresdurchschnitt. — <sup>d</sup>Verarbeitendes Gewerbe.

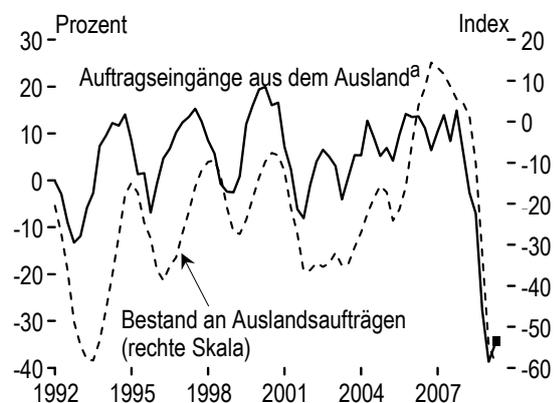
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Thomson Financial Datastream; ifo-Konjunkturperspektiven (2009); eigene Berechnungen.

hälfte 2009 rechnen wir mit einer nur leichten Belebung der Ausfuhren. Jahresdurchschnittlich dürften die Exporte im laufenden Jahr um 14,5 Prozent sinken. Aufgrund der insgesamt mäßigen konjunkturellen Dynamik bei einigen wichtigen Handelspartnern, der weltweit gestiegenen Finanzierungskosten und der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dürften die realen Ausfuhren vorerst nicht die kräftigen Zuwachsraten erreichen, die vor der Finanzkrise beobachtet wurden. Insgesamt rechnen wir für das Jahr 2010 mit einem Zuwachs von rund 7 Prozent.

<sup>7</sup> Wir rechnen mit einem schwächeren Lohnanstieg in Ländern, die in den vergangenen Jahren massive Handelsbilanzdefizite verzeichneten und die von stärkeren Rückgängen der Beschäftigung betroffen sind als Deutschland. Dies betrifft insbesondere die Vereinigten Staaten und im

Euroraum vor allem Spanien, Irland und Griechenland (vgl. Boysen-Hogrefe et al. 2009).

Abbildung 13:  
Auslandsaufträge 1992–2009



<sup>a</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: OECD (lfd. Jgg.); ifo-Konjunkturperspektiven (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Die Importe sind im vergangenen Halbjahr ebenfalls spürbar geschrumpft; sie sanken mit einer laufenden Jahresrate von rund 18,5 Prozent. Zuletzt gingen sie kräftiger zurück als die Exporte, woraus erstmals seit einem Jahr wieder ein positiver Wachstumsbeitrag des Außenhandels folgte. Die ausgeprägte Kontraktion ist unter anderem der gesunkenen Nachfrage nach Vorleistungsgütern und Zwischenprodukten für Unternehmen geschuldet, die aus der Produktionsdrosselung im Winterhalbjahr resultierte. Die „Abwrackprämie“, die im zweiten Quartal spürbare positive Effekte auf den Kraftfahrzeugimport gehabt haben dürfte – die wertmäßigen Importe für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile stiegen erstmals seit über einem Jahr wieder –, vermochte dies wohl nicht zu kompensieren, zumal die Importe von Konsumgütern ohne Pkw sehr stark zurückgingen, vermutlich deshalb, weil Kraftfahrzeuge für andere Konsumgüter substituiert wurden (vgl. Abschnitt „Binnennachfrage steigt spürbar“). Für die kommenden Monate rechnen wir wegen der Auffüllung der Lagerbestände und der Stabilisierung der Binnennachfrage mit einer leichten Beschleunigung der Expansion der Einfuhren. Jahresdurchschnittlich werden die realen Einfuhren im laufenden Jahr um 8,4 Prozent sinken. Im Jahr 2010 dürften die Einfuhren mit

der beschleunigt expandierenden Binnennachfrage um 9 Prozent zulegen. Die Veränderung des realen Außenbeitrags wird sich nach der kräftigen Negativkorrektur im Jahr 2009 (–3,4 Prozent) im kommenden Jahr wohl wieder stabilisieren, wenngleich sie mit –0,3 Prozent den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts noch immer dämpfen dürfte.

Der äußerst starke Rückgang der Importpreise gegen Ende des Jahres 2008 hat sich im ersten Halbjahr 2009 deutlich abgeschwächt. Im laufenden Jahr dürften die Einfuhrpreise aufgrund der weltweiten Rezession kräftig sinken. Vor dem Hintergrund einer noch immer äußerst niedrigen Kapazitätsauslastung, der Annahme konstanter Rohstoffpreise und eines konstanten Euro/US-Dollar-Wechselkurses rechnen wir mit einem Rückgang der Importpreise um 6,4 Prozent im laufenden und um 0,5 Prozent im kommenden Jahr.

Die Exportpreise sind im Zuge der niedrigen Kapazitätsauslastung und der damit verbundenen rückläufigen Nachfrage in den Abnehmerländern ebenfalls spürbar gesunken, wenn auch weit weniger stark als die Importpreise. Im laufenden Jahr dürften sich die Preise für deutsche Exportgüter etwas weniger reduzieren als die für Importgüter. Für 2009 rechnen wir mit einem Rückgang um 3,3 Prozent, der sich im Jahr 2010 etwas abschwächen wird (–1,1 Prozent). Die Terms of Trade werden sich 2009 mit 3,2 Prozent stark verbessern und im Jahr 2010 mit –0,7 Prozent wohl etwas verschlechtern.

## Binnennachfrage steigt spürbar

Während die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal wieder leicht zulegte, sank die Binnennachfrage abermals kräftig, mit einer laufenden Jahresrate von 5 Prozent. Vor allem wurden die Lager deutlich abgebaut, außerdem sanken die Unternehmensinvestitionen weiter und die Wohnungsbauinvestitionen nahmen leicht ab. Dagegen waren die Konsumausgaben

der privaten Haushalte und auch die des Staates abermals im Plus. Im Prognosezeitraum wird die Binnennachfrage anziehen, im Verlauf des Jahres 2010 sogar beschleunigt.

Die Dynamik der *Unternehmensinvestitionen* wird nahezu im gesamten Prognosezeitraum verhalten bleiben. In der zweiten Hälfte des laufenden Jahres werden die Investitionen voraussichtlich weiter abnehmen, wenn auch nicht mehr so rasch wie in der ersten. Die Auftragseingänge aus dem Inland bei den Investitionsgüterherstellern legen noch keine Trendwende in der Investitionsneigung nahe. Auch die im historischen Vergleich äußerst ungünstige Beurteilung der Geschäftslage spricht gegen ein Anziehen der Unternehmensinvestitionen schon im laufenden Jahr. Hinzu kommen die steigenden Schwierigkeiten der Unternehmen bei der Beschaffung von Fremdkapital. Unter der hier getroffenen Annahme, dass es gelingt, eine Kreditklemme im Bankensektor zu verhindern, dürften die Unternehmensinvestitionen nach der Jahreswende ihren Boden finden und danach leicht steigen. Gegen Jahresende wird es zu einer deutlichen Belebung im Zuge von Vorzieheffekten aufgrund der Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen ab 2011 kommen.

Die *Wohnungsbauinvestitionen* erhalten im Prognosezeitraum deutliche Impulse von den sinkenden Hypothekenzinsen. Anders als bei Unternehmenskrediten gibt es keine Anzeichen, dass die Banken ihre Kreditvergabestandards für Hypotheken stärker verschärft hätten als die gestiegenen konjunkturellen Risiken, insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, nahelegen. Im laufenden Jahr wirken einer Expansion allerdings die sinkenden real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte entgegen. Zudem stehen bei den privaten Haushalten Ausgaben für den Wohnungsbau in Konkurrenz zu den Ausgaben, die notwendig sind, um von der „Abwrackprämie“ zu profitieren. Der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen im zweiten Quartal 2009, der angesichts des vorausgegangenen überdurchschnittlich kalten Winters überrascht, könnte auf eine Substitutionsbeziehung zwischen den langlebigen Konsumgütern Auto und Wohnung hindeuten. Da

außerdem die Investitionstätigkeit typischerweise träge auf Veränderungen des Zinsniveaus reagiert, ist mit einer stärkeren Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen erst für das kommende Jahr zu rechnen (Tabelle 6), zumal dann die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wieder steigen.

Tabelle 6:  
Reale Anlageinvestitionen 2007–2010 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2007	2008	2009 <sup>a</sup>	2010 <sup>a</sup>
Anlageinvestitionen	5,0	3,1	-9,6	3,0
Unternehmensinvestitionen	6,2	6,3	-14,3	1,5
Ausrüstungen	11,0	3,3	-22,1	1,7
Sonstige Anlagen	6,5	5,3	4,8	4,4
Wirtschaftsbau	2,3	5,3	-2,5	0,0
Wohnungsbau	-1,5	0,5	-1,1	4,0
Öffentlicher Bau	1,6	5,7	3,3	11,5
Nachrichtlich: Bauinvestitionen	0,0	2,6	-0,7	3,8

<sup>a</sup>Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

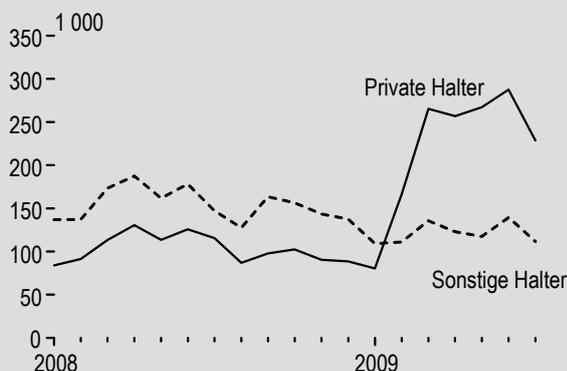
Die *öffentlichen Bauinvestitionen* werden im Prognosezeitraum stark zunehmen. Der Bund hat sein Investitionsbudget vor allem im Verkehrsbereich um 4 Mrd. Euro aufgestockt. Zudem stellt er im Rahmen des „Konjunkturpakets II“ über den Investitions- und Tilgungsfonds 10 Mrd. Euro bereit, um Investitionen der Kommunen und der Länder – bei einer geringen Eigenbeteiligung – anzuregen; beabsichtigt ist, rund 13 Mrd. Euro zusätzliche Investitionen auszulösen. Große Teile der Mittel wurden bereits in Anspruch genommen (BMF 2009b). Die Auftragsvergabe ist im ersten Halbjahr 2009 deutlich gestiegen. Bislang wurden aber nur wenige Projekte realisiert. Im zweiten Halbjahr werden die Investitionen aber stark steigen. Allerdings werden die Gemeinden angesichts einer deutlichen Verschlechterung ihrer Finanzlage vor allem im Jahr 2010 Investitionsprojekte zurückstellen. Auch ist damit zu rechnen, dass die Preise für Bauleistungen im öffentlichen Bereich anziehen werden; Anreize für die Unternehmen, die Kapazitäten deutlich auf-

**Kasten 1:**

Zur Wirkung der Abwrackprämie

Am 2. September 2009 wurden die letzten Anträge auf eine Abwrackprämie beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eingereicht.<sup>a</sup> Die Maßnahme wird aber einen beträchtlichen Teil ihrer Wirkung erst noch entfalten, da die Anträge bereits auf Basis geschlossener Kaufverträge eingereicht bzw. „vorbestellt“ werden können. So wurden im ersten Halbjahr nur etwa 1,2 Mrd. Euro aus den insgesamt 5 Mrd. Euro, die für die Abwrackprämie zur Verfügung stehen, budgetwirksam, was knapp 500 000 von insgesamt 2 Mill. Anträgen entspricht. Diese Zahl korrespondiert mit der Anzahl an Neuzulassungen an private Halter im ersten Halbjahr, die rund 660 000 über der des Vorjahreszeitraums liegt (Abbildung K1-1).<sup>b</sup> Nimmt man an, dass es zu leichten Verzögerungen zwischen Auszahlung der Abwrackprämie und Neuzulassung kommt und berücksichtigt die Anlaufphase der Maßnahme in den Monaten Januar und Februar, kann man mit rund 150 000 verkauften Autos pro Monat im Zusammenhang mit der Abwrackprämie ausgehen. Dies lässt folgern, dass die Verkaufs- bzw. Neuzulassungszahlen noch bis in das Jahr 2010 hinein durch die Abwrackprämie gestützt werden dürften. Entsprechend ist davon auszugehen, dass auch der Handel sowie die Automobilproduktion zumindest im laufenden Jahr nicht mit einem deutlichen Rückschlag zu rechnen haben.

Abbildung K1-1:  
PKW-Neuzulassungen 2008–2009



Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt (Ifd. Jgg.).

**Konjunkturelle Effekte**

Will man die Abwrackprämie als Konjunkturmaßnahme evaluieren, ist eine Betrachtung des Automobilssektors allein unzulässig, schließlich kann es zu Substitutionseffekten kommen und die Nachfrage nach anderen Gütern beeinflusst werden. Als konjunkturpolitische Maßnahme würde die Abwrackprämie (gerade im Verhältnis zu alternativen Maßnahmen) eine Wirkung entfalten, wenn die Autokäufer den Erwerb eines neuen Fahrzeugs zum Anlass nehmen, ihre Ersparnis zu senken. Zwar ist anzunehmen, dass langfristige Sparziele unbeeinflusst bleiben, doch hätten bei einem kurzfristigen Sinken der privaten Ersparnis die Verbraucher gerade in der konjunkturell sehr angespannten Zeit einen deutlichen positiven Impuls, der über die 5 Mrd. selbst hinausgeht, erbracht. Tatsächlich ist die Sparquote von 11,5 im vierten Quartal 2008 auf 11 Prozent im zweiten Quartal 2009 gesunken. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Abwrackprämie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht als erhöhend für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte verbucht wird. Tut man dies, so wäre die Sparquote unter der Annahme, dass ein Drittel der 1,2 Mrd. Euro im ersten und zwei Drittel im zweiten Quartal ausgezahlt wurden, im ersten Quartal auf 11,4 und im zweiten Quartal auf 11,2 Prozent gesunken. Hätte hingegen jedes abgewrackte Auto einen Abbau der Ersparnis von 5 000 Euro induziert, wäre sie auf sogar unter 10,7 Prozent gesunken.<sup>c</sup>

Man könnte dem entgegenhalten, dass ohne die Abwrackprämie die Sparquote deutlich gestiegen und der private Konsum spürbar zurückgegangen wäre. Doch ist die Expansion des privaten Konsums angesichts des Verlaufs der Inflation, des niedrigen Zinsniveaus und des relativ stabilen verfügbaren Einkommens auch ohne Abwrackprämie nicht allzu überraschend. Ferner kam es im zweiten Quartal 2009 zu Einbußen bei anderen Konsumaggregaten als dem Unteraggregat Verkehr und Nachrichtenübermittlung, in dem die Autokäufe enthalten sind (Tabelle K1-1). Einen weiteren Hinweis auf Substitu-

Tabelle K1-1:

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken 2008/2009<sup>i</sup>

Insgesamt	0,26
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	-0,94
Bekleidung und Schuhe	-1,93
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a.	
Brennstoffe	0,35
Einrichtungsgegenstände, Geräte für den Haushalt	-1,97
Verkehr, Nachrichtenübermittlung (incl. Pkw-Käufe)	4,62
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	-1,49
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	-4,02
Übrige Verwendungszwecke	0,64

<sup>i</sup>Veränderung erstes Halbjahr 2009 gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2009).

tionseffekte geben die Umsatzzahlen von Herstellern langlebiger Konsumgüter. Jene sollten annahmegemäß nur wenig von dem Einbruch der Unternehmensinvestitionen, der schließlich auch den Automarkt in Deutschland getroffen hat, beeinflusst sein. Es zeigt sich aber, dass zum Beispiel der Inlandsumsatz von Herstellern von Möbeln (-13 Prozent), Unterhaltungselektronik (-26 Prozent) und Haushaltselektronik (-7 Prozent) im ersten Halbjahr 2009 deutlich unter dem Vorjahresniveau lagen.<sup>d</sup>

### *Effekte im Automobilssektor*

Die Krise am deutschen Automarkt, die durch die Abwrackprämie angegangen werden sollte, war vor allem dem deutlichen Rückgang der Nachfrage nach Neufahrzeugen von gewerblichen Haltern geschuldet. So lagen die Neuzulassungen dieser Haltergruppe zwischen Januar und Juli rund 25 Prozent unter Vorjahresniveau. Die private Pkw-Nachfrage hingegen wäre wohl auch ohne Abwrackprämie nur wenig schwächer als im Jahr zuvor gelaufen, worauf auch die relativ hohen Neuzulassungszahlen für Vans und Geländewagen hindeuten, die wohl eher selten ein abgewracktes Auto ersetzt haben und im gewerblichen Bereich wohl eine geringere Rolle spielen. Die Abwrackprämie und das Wegbrechen der Nachfrage gewerblicher Halter hat die relative Struktur des deutschen Automarkts stark verändert. Insbesondere Hersteller kleinerer Pkw, darunter viele ausländische Fabrikanten, profitieren. Der Anteil der Fahrzeuge deutscher Hersteller an den Neuzulassungen ist von 64 Prozent (Januar–Juli 2008) auf 58 Prozent (Januar–Juli 2009) gesunken. Neben dem gesunkenen Marktanteil ist es der geringere Wert des durchschnittlich verkauften Autos, der verhindert, dass die deutschen Produzenten im selben Umfang, wie es die Neuzulassungen andeuten, von der Abwrackprämie profitieren. So erreichte die Produktion zur Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im Juni 2009 noch nicht den Stand vom November 2008 und liegt trotz eines Zuwachses von 33,7 Prozent verglichen mit Februar 2009 weit unter dem Durchschnitt des vergangenen Jahres. Dass dies nicht allein dem Exportgeschäft geschuldet ist, lässt sich auch am Verlauf der Inlandsumsätze ablesen, die im Juni knapp 11 Prozent unter ihrem Vorjahresniveau lagen. Da die durch die Abwrackprämie induzierte Nachfrage noch einige Monate anhalten wird und die Nachfrage von gewerblichen Haltern im Jahr 2010 zumindest leicht anziehen dürfte, könnte es in der Automobilindustrie zu einem „Soft Landing“ nach Auslaufen der Maßnahme kommen, allerdings auf niedrigem Niveau. Die Zeitverzögerung zwischen Beantragung der Abwrackprämie und Neuzulassung deutet daraufhin, dass die Hersteller die künftig geringere Nachfrage antizipieren und ihre Kapazitäten für Klein- und Kleinwagen nicht ausweiten. Ein deutlicherer Rückpralleffekt ist bei Kfz-Händlern und -Importeuren wahrscheinlich, wobei auch diese ihre Bestände bereits jetzt anpassen. Mittel- bis langfristig wird sich die Nachfrage in Deutschland schwächer entwickeln, da das Flottenalter spürbar gesunken ist (vgl. Adda und Cooper 2000). Kurzfristig entfaltet die Abwrackprämie in der Automobilindustrie, da die Kapazitätsauslastung in einem ihrer Teilbereiche stark gestiegen sein dürfte, sowie im Kfz-Handel eine spürbar positive Wirkung. Verlierer sind allerdings die Gebrauchtwagenhändler, sowie die Reparaturbetriebe. So lag der Umsatz des Kfz-Handels im Juni 2009 rund 5 Prozent über dem Vorjahresmonat, bei Reparatur und Handel mit Ersatzteilen kam es hingegen zu einem Rückgang um etwa 10 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2009).

Insgesamt hat die Abwrackprämie die Produktion in der deutschen Automobilindustrie stabilisiert, auch wenn sie trotz der Rekordzahl an Neuzulassungen immer noch deutlich unter dem Vorjahresniveau liegt. Es ist allerdings festzuhalten, dass die Abwrackprämie langfristig Verwerfungen in der Absatzstruktur induziert. Das plötzlich gesunkene Flottenalter dürfte sich mittel- bis langfristig dämpfend wirken (vgl. Adda und Cooper 2000). Weitere problematische Aspekte der Abwrackprämie sind die Vernichtung von Volksvermögen, das auch noch Steuergelder kostet, oder ihre unzureichende ökologische Komponente (Boss und Klodt 2009; Klepper et al. 2009). Ihr kurzfristiger Konjunkturimpuls erscheint eher gering. Der private Konsum ist im ersten Halbjahr 2009 zwar deutlich ausgeweitet worden, doch liegt er nur wenig über dem, was man angesichts von Inflation, Zinsniveau, nur schwach steigender Arbeitslosigkeit und stabilem verfügbarem Einkommen erwarten würde. Dass abgesehen von den Ausgaben für die Maßnahme selbst deutliche Impulse auf die Konsumausgaben ausgingen, ist nicht zu erkennen. Es ist zu Substitutionseffekten gekommen, unter denen die Hersteller anderer dauerhafter Konsumgüter leiden. Angesichts der insgesamt eher schwachen Wirkung der Abwrackprämie ist konjunkturell allerdings auch nicht mit einem deutlichen Rückpralleffekt nach Auslaufen ihrer Wirkung im Jahr 2010 zu rechnen. Eine genaue Quantifizierung des konjunkturellen Impulses der Abwrackprämie ist allerdings derzeit noch nicht zu gewährleisten, da die Datenlage noch ungenügend ist. Insgesamt hätte man sich die Abwrackprämie aber wohl besser gespart (Scheide 2009).

<sup>a</sup>Seitdem gibt es ein Nachrückverfahren mit maximal 15 000 Plätzen. — <sup>b</sup>Insgesamt wurden von Januar bis Juni rund 2 Mill. Pkw neu zugelassen und somit knapp 430 000 mehr als im Vorjahreszeitraum. — <sup>c</sup>Die Analyse der Sparquote ist mit Vorsicht zu interpretieren. Zum einen sind die Zahlen der VGR am aktuellen Rand häufig revisionsanfällig und zum anderen sind besondere Effekte durch die Wiedereinführung der Pendlerpauschale zu bedenken, vgl. Abschnitt „Kräftige Impulse von der Finanzpolitik“ (S. 43), die im Hinblick auf die in den VGR ausgewiesene Sparquote nicht eindeutig zu beziffern sind. Würde man diese vollständig herausrechnen, läge die Sparquote im zweiten Quartal 2009 sogar über der des vierten Quartals 2008. Schläge man zusätzlich die Ausgaben für die Abwrackprämie dem verfügbaren Einkommen zu, wäre sie sogar knapp 1 Prozentpunkt über dem Stand im letzten Quartal 2008. — <sup>d</sup>Der Rückgang im Wohnungsbau in jüngster Zeit könnte – gerade angesichts der günstigen Konditionen zur Baufinanzierung – im Zusammenhang mit der Abwrackprämie stehen.

zustoßen, gibt es nicht, weil die Baunachfrage des Staates nur vorübergehend steigt. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen des Staates in den Jahren 2009 und 2010 um 3 bzw. fast 12 Prozent zunehmen.

Die *Konsumausgaben der privaten Haushalte* sind im Verlauf des ersten Halbjahres 2009 mit einer laufenden Jahresrate von 2,7 Prozent ausgeweitet worden. Eine wichtige Rolle spielte dabei, dass sich die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte trotz der Rezession weiter erhöhten (+1,6 Prozent), nicht zuletzt, weil Transferleistungen wie das Kindergeld deutlich stiegen. Die staatliche „Abwrackprämie“ dürfte die Konsumausgaben ebenfalls stimuliert haben. Gleichzeitig dürfte es hier in bedeutendem Maße zu Substitutionseffekten zwischen den verschiedenen Arten langlebiger Konsumgüter gekommen sein (Kasten 1).

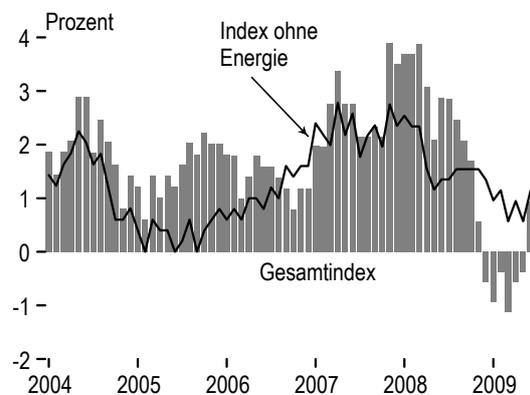
Auch im weiteren Verlauf des laufenden sowie zu Beginn des kommenden Jahres werden die privaten Konsumausgaben durch die „Abwrackprämie“ angeregt, da in der ersten Jahreshälfte weniger als die Hälfte des Gesamtvolumens von 5 Mrd. Euro nachfragewirksam geworden ist. Die Stärke des Effekts, gemessen am Rückgang der Sparquote, dürfte allerdings deutlich nachlassen. Da außerdem die real verfügbaren Einkommen in der zweiten Jahreshälfte sinken, werden die privaten Konsumausgaben bis zum Jahresende 2009 leicht zurück gehen. Für das kommende Jahr ist von der Einkommensseite ein beschleunigter Anstieg der privaten Konsumausgaben angelegt. Die Bruttolöhne und -gehälter steigen zwar nur geringfügig. Netto ergibt sich gleichwohl ein merklicher Zuwachs, vor allem aufgrund der erhöhten steuerlichen Anrechenbarkeit der Beiträge zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung sowie einer Reihe von weiteren Maßnahmen. Alles in allem erhalten die privaten Haushalte im Jahr 2010 sogar höhere Impulse durch die Finanzpolitik als im Jahr 2009 (vgl. Tabelle 4, oben). Belastend für die privaten Konsumausgaben wirkt sich aus, dass die anregenden Effekte durch die „Abwrackprämie“ entfallen; dies wird den Konsum in der ersten Jahreshälfte dämpfen. Bei wieder steigender Sparquote

wird der Konsum im Jahresdurchschnitt gleichwohl ein Plus aufweisen.

## Verbraucherpreise stagnieren

Aufgrund des starken Rückgangs um den Jahreswechsel war die Inflationsrate im Vorjahresvergleich zeitweise negativ, im August lag sie bei 0 Prozent. Auch im Sechsmontatsvergleich, der die laufende Entwicklung besser spiegelt als der Vorjahresvergleich, stagnierten die Lebenshaltungskosten im August (Abbildung 14). Der Rückgang des Anstiegs der Verbraucherpreise ohne Energie hat sich trotz weiter abnehmender Kapazitätsauslastung vorerst nicht fortgesetzt; im Juli lagen sie um 1 Prozent (laufende Jahresrate) über ihrem Stand ein halbes Jahr zuvor.

Abbildung 14:  
Verbraucherpreise 2004–2009<sup>a,b</sup>



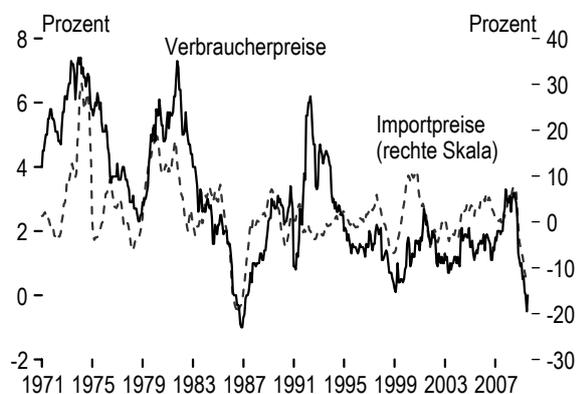
<sup>a</sup>Saisonbereinigt. — <sup>b</sup>Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Für die Prognose unterstellen wir einen konstanten Ölpreis von 75 US-Dollar pro Barrel und einen konstanten Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,42. In den kommenden Monaten dürften sich die Ölpreissteigerungen seit März auf die Lebenshaltungskosten auswirken. Allerdings zeigt die histori-

sche Erfahrung, dass sich der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb nach Ende einer Rezession noch weiter abschwächt.<sup>8</sup> Hierzu tragen die weiter sinkende Kapazitätsauslastung und die sich wieder abschwächende Entwicklung der Lohnstückkosten bei. Auch von den Importpreisen wird im Prognosezeitraum keine Inflationsbeschleunigung ausgehen. In der Vergangenheit zeigte sich (bis auf die Zeit nach der Wiedervereinigung) eine hohe Korrelation zwischen dem Verlauf der Importpreise und jenem der Verbraucherpreise (Abbildung 15), so dass die Importpreise wohl noch längere Zeit dämpfend auf die Lebenshaltungskosten in Deutschland wirken werden. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass die Lebenshaltungskosten im laufenden Jahr um 0,2 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 zulegen werden. Im kommenden Jahr dürfte sich der Preisauftrieb im Verlauf etwas beschleunigen, und die Verbraucherpreise werden im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 0,4 Prozent steigen.

Abbildung 15:  
Verbraucherpreise und Importpreise 1971–2009<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.

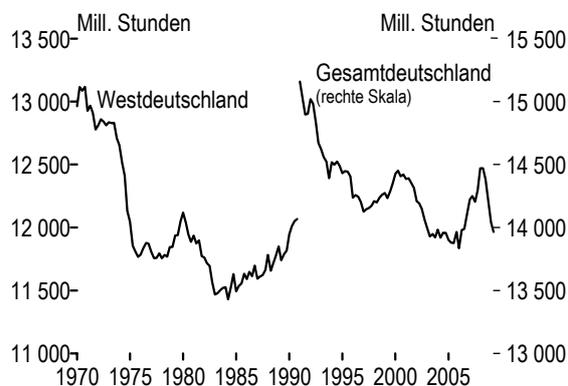
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

## Steht dem deutschen Arbeitsmarkt das „dicke Ende“ noch bevor?

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich in Anbetracht der Rezession deutlich besser als von den meisten Experten vorhergesagt. Im Zuge des enormen gesamtwirtschaftlichen Produktionsrückgangs von 5,9 Prozent seit Rezessionsbeginn ist das Arbeitsvolumen um 3,5 Prozent eingebrochen (Abbildung 16). In den Beschäftigungszahlen spiegelt sich dieser Absturz jedoch nicht wider. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Vorjahresvergleich lediglich um 26 000 Personen gesunken, ein Minus von gerade einmal 0,1 Prozent (Abbildung 17). Seit Beginn des Beschäftigungsabbaus, der erst im vierten Quartal des vergangenen Jahres einsetzte, ist die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 140 000 oder um annualisiert 0,7 Prozent gesunken. Im abgelaufenen Quartal hat sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit etwas beschleunigt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich von Herbst 2008 bis einschließlich August saisonbereinigt um 300 000 auf knapp 3,5 Mill. erhöht, was einer Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent entspricht. Die offizielle Arbeitslosenstatistik unterzeichnet jedoch seit Mai dieses Jahres die Zahl der Arbeitslosen (Abbildung 18). Hintergrund ist das Gesetz zur Neuausrichtung der

Abbildung 16:  
Arbeitsvolumen 1970–2009<sup>a</sup>



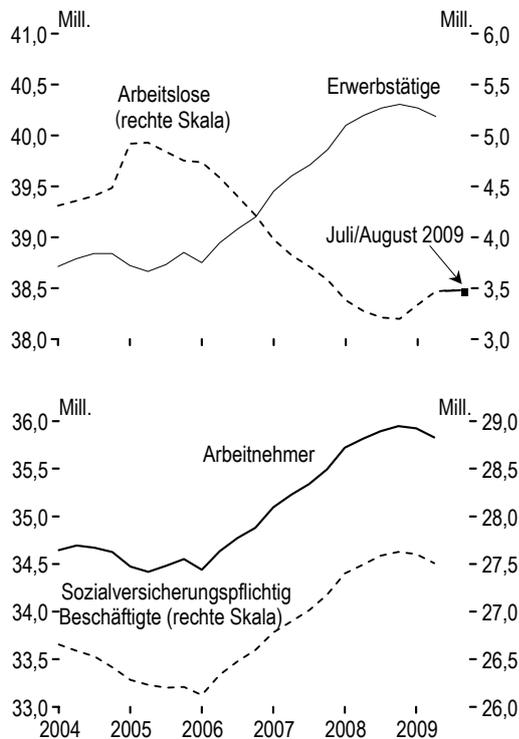
<sup>a</sup>Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland, saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.).

<sup>8</sup> Vgl. hierzu Boss et al. (2009b: 24).

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

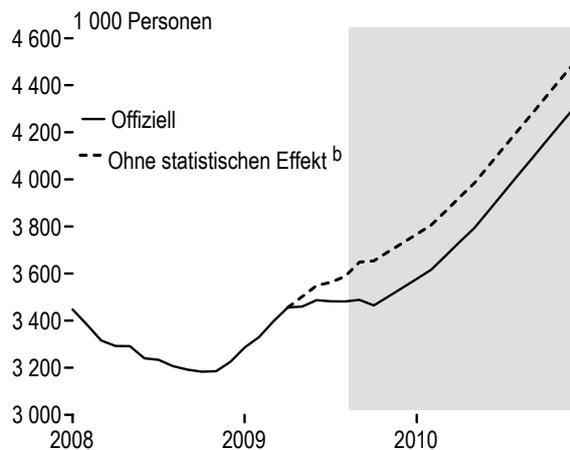
Abbildung 17:  
Arbeitsmarkt 2004–2009<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Saisonbereinigte Werte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3, Inlandsproduktberechnung* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.).

Abbildung 18:  
Zahl der Arbeitslosen 2008–2010<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Saisonbereinigt. — <sup>b</sup>Effekt des Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Angaben in Bundesagentur für Arbeit (2009: 35–37).

arbeitsmarktpolitischen Instrumente, wodurch viele dieser Instrumente verändert, abgeschafft oder neu gestaltet wurden. Insbesondere hat dies Auswirkungen auf die Erfassung von Personen, mit deren Vermittlung Dritte beauftragt werden. Dieser Personenkreis umfasste im April nach vorläufigen Angaben rund 190 000 Personen. Diese werden zwar weiterhin als arbeitslos gezählt, neue Zuweisungen fließen ab Mai allerdings nicht mehr in die offizielle Zahl der Arbeitslosen. Geht man wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) davon aus, dass die Zahl geförderter Personen in etwa gleich bleibt und der Bestand innerhalb eines halben Jahres erneuert wird, fällt die Arbeitslosigkeit ab Oktober dieses Jahres permanent um 190 000 Personen niedriger aus.<sup>9</sup> Der Anstieg der Arbeitslosigkeit fällt bis zu diesem Zeitpunkt niedriger aus. Berücksichtigt man diesen verzerrenden Effekt auf die Arbeitslosenstatistik, so beläuft sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Herbst 2008 nicht auf 300 000, sondern auf 400 000. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,6 Prozent (offiziell 8,3 Prozent).<sup>10</sup>

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich im zweiten Quartal weiter erhöht. Daten zur Kurzarbeit stehen in der Regel zwei Monate nach Ende eines Quartals für die einzelnen Quartalsmonate zur Verfügung. Da jedoch die Betriebsmeldungen über Kurzarbeit laut BA bisher nicht vollständig vorliegen, verzögert sich die Veröffentlichung der Kurzarbeiterzahlen für das zweite Quartal um einen Monat. Nach Schätzungen der BA waren im Juni 1,43 Mill. Personen in Kurzarbeit, ein Anstieg seit März um 170 000 (Abbildung 19). Somit hat sich der Anstieg in den letzten Monaten spürbar verlangsamt.

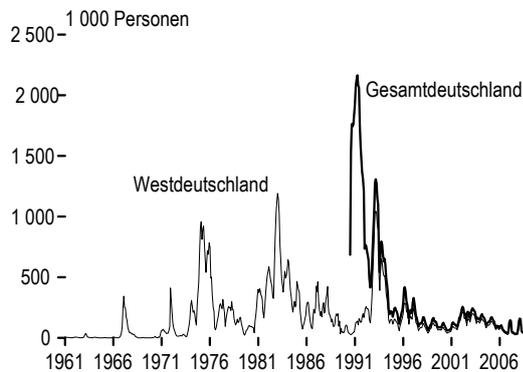
Insgesamt erscheint die Lage auf dem Arbeitsmarkt erstaunlich günstig. Es wird allerdings vielfach die Ansicht geäußert, dass es sich hierbei um eine vorübergehende Besonderheit handle, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Ausweitung der Kurzarbeitsregelungen stehe. Das „dicke Ende“, mit Beschäftigungsan-

<sup>9</sup> Für ausführliche Erläuterungen zu dieser Berechnung siehe Bundesagentur für Arbeit (2009: 35–37).

<sup>10</sup> Unsere Prognose wird sich weiterhin auf die offiziell von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Zahlen beziehen.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Abbildung 19:  
Anzahl der Kurzarbeiter 1961–2009<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Wert von Juni 2009 von Bundesanstalt für Arbeit geschätzt und zwischen März und Juni interpoliert.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.).

passungen in Proportion zu den vorausgegangenen Produktionseinbrüchen, stehe dem deutschen Arbeitsmarkt noch bevor, sobald die Kurzarbeit auslaufe oder es in größerem Umfang zu Unternehmensinsolvenzen komme. Dies würde der Konjunktur einen merklichen Dämpfer geben und die Erholung verzögern.

Wie im Folgenden gezeigt wird, weist die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt tatsächlich einige Besonderheiten auf. Daraus folgt jedoch nicht notwendigerweise, dass dem Arbeitsmarkt noch eine kräftige Anpassung an das erheblich gesunkene Produktionsniveau bevorsteht. Vielmehr gibt es gute Gründe dafür, dass der Anpassungsbedarf am Arbeitsmarkt in der jetzigen Rezession deutlich geringer ist als vielfach angenommen. Eine drastische Abnahme der Beschäftigung in den kommenden Quartalen und daraus resultierende gravierende Belastungen für die konjunkturelle Entwicklung sind daher nicht zu erwarten.

### Historischer Vergleich

Ein Vergleich mit früheren Rezessionen macht die außergewöhnliche Entwicklung am Arbeitsmarkt deutlich. Im Durchschnitt sank bei einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozent die Erwerbstätigkeit um 1,1 Prozent (Ta-

belle 7). So ging die Erwerbstätigkeit im Rezessionsjahr 1975 um 2,6 Prozent zurück und 1967, während der ersten Nachkriegsrezession der Bundesrepublik, sogar um 3,5 Prozent (Abbildung 20). In beiden Fällen war die zeitgleiche Veränderung der Produktionslücke geringer als jene, die aktuell für das Jahr 2009 erwartet wird.

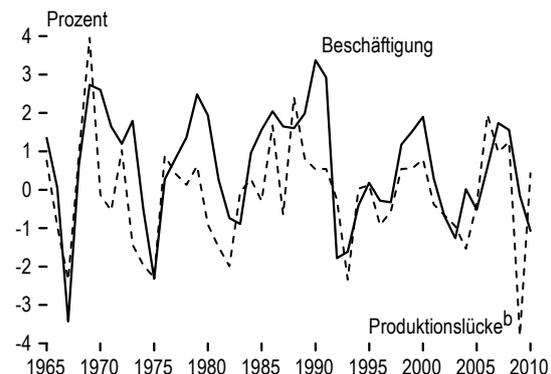
Tabelle 7:  
Rezession 2008/2009 im historischen Vergleich<sup>a</sup>

	Bruttoinlandsprodukt	Arbeitsvolumen	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt pro Stunde	Erwerbstätigkeit
Durchschnitt über Rezessionen (außer 2008/09)	-0,8	-2,6	0,2	1,8	-1,1
Rezession 1974/75	-1,3	-4,9	1,4	3,8	-2,6
Rezession 2008/09	-5,9	-3,5	-5,8	-2,5	-0,1

<sup>a</sup>Prozentuale Veränderung jeweils 4 Quartale nach Rezessionsbeginn.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 20:  
Beschäftigung und Produktionslücke 1965–2010<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Jeweils Veränderung gegenüber dem Vorjahr. 2009 und 2010 Prognose. —<sup>b</sup>In Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Berechnungen.

Vor diesem Hintergrund war der bisherige Beschäftigungsabbau äußerst gering: Während

das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 Prozent einbrach, ist die Erwerbstätigkeit lediglich um 0,1 Prozent geschrumpft (26 000 Erwerbstätige weniger). Spiegelbildlich dazu ist die Arbeitsproduktivität so stark abgestürzt wie noch nie: Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen liegt 5,8 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde 2,5 Prozent unterhalb seines Niveaus vor einem Jahr. In früheren Rezessionen

lag die Arbeitsproduktivität pro Stunde ein Jahr nach Rezessionsbeginn hingegen typischerweise oberhalb des Niveaus vor Ausbruch der Rezession. Abbildung 21 verdeutlicht, wie sehr die aktuelle Rezession aus dem Rahmen bisheriger Abschwünge fällt.

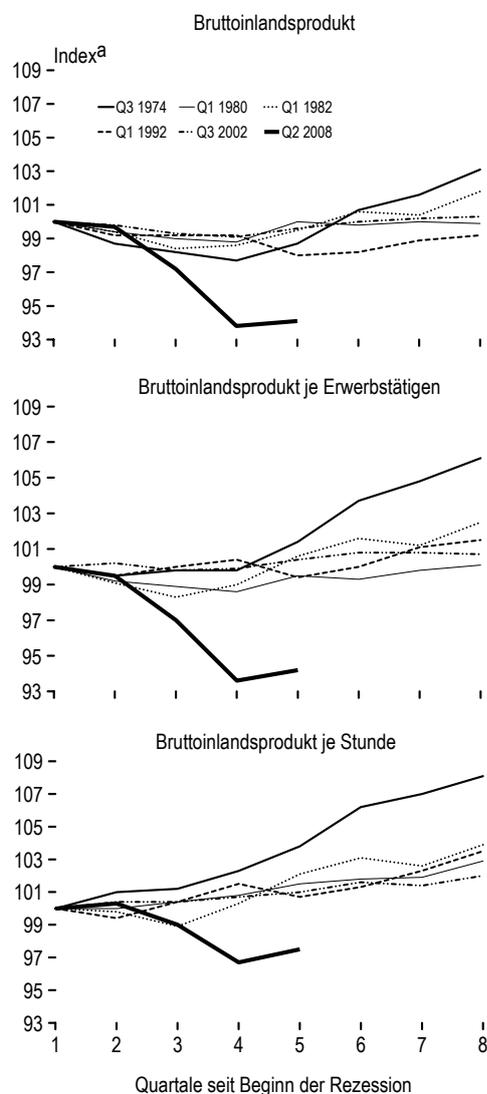
### Empirisches Arbeitsmarktmodell

Mögliche Erklärungsansätze für diese außergewöhnliche Entwicklung am Arbeitsmarkt sollen im Folgenden quantifiziert werden. Ein empirisches Arbeitsmarktmodell soll hierfür eine Referenzsituation liefern. Das Modell besteht aus einer dynamischen neoklassischen Nachfragefunktion für das Arbeitsvolumen, welches von der realen Produktion und den realen Arbeitskosten abhängt, und einer Funktion, die die Dynamik zwischen Arbeitsvolumen und Erwerbstätigkeit beschreibt (Kasten 2).

Für gegebene Daten für das reale Bruttoinlandsprodukt und die realen Arbeitskosten, die beiden Determinanten der Arbeitsnachfrage der Unternehmen, vermag das Modell die Entwicklung am Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren gut nachzuzeichnen. Am aktuellen Rand gibt es jedoch zwischen der tatsächlichen und der vom Modell simulierten Entwicklung nennenswerte Abweichungen (Abbildung 22).

Beginnend mit dem ersten Quartal 2009 liegt die vom Modell vorhergesagte Beschäftigung statistisch signifikant unter der tatsächlichen Beschäftigung. Der Punktschätzung zufolge wäre die Zahl der Erwerbstätigen zwischen dem zweiten Quartal 2008 und dem zweiten Quartal 2009 um 469 000 zurückgegangen. Tatsächlich ist sie um nur 26 000 gesunken; eine Diskrepanz zwischen Modell und Realität von 439 000. Immerhin rund die Hälfte davon ist statistisch signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent. Beim Arbeitsvolumen verhält es sich ähnlich, jedoch sind die Abweichungen nicht so ausgeprägt. Wird für die Simulation der Erwerbstätigkeit statt des simulierten Arbeitsvolumens das tatsächliche Arbeitsvolumen verwendet, so verringern sich die Abweichungen zu den tatsächlichen Werten um etwa ein

Abbildung 21:  
Zyklusvergleich



<sup>a</sup>Das erste Quartal entspricht dem Quartal vor Ausbruch der Rezession und wurde auf 100 normiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3, Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.), eigene Berechnungen.

*Kasten 2:*

## Ein empirisches Arbeitsmarktmodell

Zur Beurteilung der Beschäftigungsentwicklung kann ein empirisches Modell des deutschen Arbeitsmarktes dienen, das in ähnlicher Form in vielen makroökonomischen Modellen verwendet wird, unter anderem auch im Modell D\*. Das Modell besteht aus zwei Funktionen. Die erste beschreibt die Nachfrage der Unternehmen nach dem Arbeitsvolumen  $L$  (gemessen in Stunden) in Abhängigkeit von der Produktion  $Y$  und den realen Arbeitskosten  $W$ . Unter neoklassischen Annahmen liegt der maximale Gewinn der Unternehmen bei jenem Arbeitsvolumen, bei dem die Grenzproduktivität der Arbeit gerade den realen Arbeitskosten entspricht. Unterstellt man für die Gesamtwirtschaft eine Produktionsfunktion vom Cobb-Douglas-Typ, bei der die Grenzproduktivität der Arbeit proportional zur Durchschnittsproduktivität ist, so gilt langfristig für die Arbeitsnachfrage folgender Zusammenhang

$$L = \phi \frac{Y}{W}, \quad (1)$$

wobei der Parameter  $\phi$  von der Produktionselastizität der Arbeit sowie von der Preiselastizität der Güternachfrage und damit der Wettbewerbsintensität auf den Gütermärkten abhängt. Die zweite Funktion beschreibt das Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitsstunden und der Zahl der Erwerbstätigen  $E$ . Es wird unterstellt, dass sich beide Variablen langfristig proportional zueinander entwickeln sollen:

$$E = \gamma L \quad (2)$$

Kurzfristig kann es bei beiden Relationen zu Abweichungen kommen, etwa infolge von Erwartungsirrtümern bei den Unternehmen und/oder Anpassungskosten. Um dies zu berücksichtigen, werden bei der empirischen Umsetzung die Relationen als Langfristlösungen zweier allgemeiner dynamischer Gleichungen aufgefasst, deren Anpassungsdynamik auf Basis der empirischen Daten bestimmt wird. Eine Spezifikation der Arbeitsnachfragefunktion als Fehlerkorrekturmodell ergibt über den Zeitraum von 1988:2 bis 2008:3 unter Verwendung saisonbereinigter Quartalsdaten für Deutschland bzw. die frühere Bundesrepublik (Kleinbuchstaben geben Logarithmen der entsprechenden Variablen an):

$$\begin{aligned} \Delta l = & 0,304 - 0,048 [l_{t-1} - y_{t-1} + w_{t-1}] - 0,283 \Delta l_{t-1} + 0,370 \Delta l_{t-4} + 0,425 \Delta y_t \\ & (3,98) \quad (4,01) \quad (3,44) \quad (4,35) \quad (8,41) \\ & + 0,306 \Delta y_{t-1} + 0,145 \Delta y_{t-2} - 0,205 \Delta y_{t-3} - 0,214 \Delta w_t + 0,123 \Delta w_{t-4} \\ & (5,33) \quad (2,88) \quad (3,55) \quad (4,19) \quad (2,32) \end{aligned} \quad (3)$$

$R^2: 0,72; DW: 1,98; AR(4): 0,73$

Dabei bezeichnet  $\Delta$  die Differenz zum Vorquartal. Den Schätzergebnissen zufolge liegt im Stützzeitraum eine Kointegrationsbeziehung zwischen Arbeitsvolumen, Produktion und realen Arbeitskosten mit der geforderten Homogenität vor.<sup>a</sup>

Für die Beschäftigungsfunktion lässt sich eine signifikante Langfristbeziehung in Niveaus nicht ermitteln. Die Funktion wird daher in Differenzen spezifiziert.<sup>b</sup> Es ergibt sich über den Zeitraum 1971:4 bis 2008:3:

$$\begin{aligned} \Delta e = & 0,002 - 0,001 (T > 2001 : 1) + 0,151 \Delta e_{t-1} + 0,258 \Delta e_{t-4} + 0,335 \Delta L_t + 0,161 \Delta L_{t-1} \\ & (6,02) \quad (1,61) \quad (4,84) \quad (10,56) \quad (4,32) \\ & + 0,052 \Delta L_{t-2} + 0,124 \Delta L_{t-3} + (1 - 0,325 - 0,161 - 0,052 - 0,124) \Delta L_{t-5} \\ & (2,07) \quad (5,41) \end{aligned} \quad (4)$$

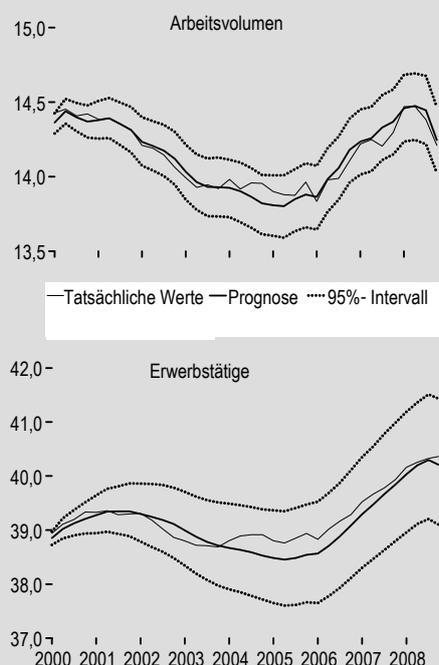
$R^2: 0,78; DW: 1,93; AR(4): 0,32$

Beide Gleichungen weisen autokorrelationsfreie Residuen auf, was auf eine adäquate Modellierung der Dynamik hinweist. Außerdem lässt sich die Hypothese der Strukturkonstanz für keine der beiden Gleichungen ablehnen.

Dieses einfache Arbeitsmarktmodell vermag die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes in den vergangenen Jahren gut nachzuzeichnen. Eine dynamische Simulation ab dem ersten Quartal 2000 unter Verwendung der realisierten Daten für die gesamtwirtschaftliche Produktion und die realen Arbeitskosten zeigt, dass die Entwicklung des Arbeitsvolumens und der Erwerbstätigkeit bis zum dritten Quartals 2008 vom Modell gut getroffen werden (Abbildung K2-1).

<sup>a</sup>Dieses Resultat gilt nicht mehr, wenn der Stützzeitraum Daten vor 1988:2 umfasst. Dies ist angesichts der ausgeprägten Schwankungen der Lohnquote in den 1970er und 1980er Jahren nicht verwunderlich. — <sup>b</sup>Um langfristig proportionale Veränderungen von Beschäftigung und Arbeitsvolumen zu gewährleisten, werden die Koeffizienten so restringiert, dass sie in der Summe 1 ergeben (dynamische Homogenität).

Abbildung K2-1:  
Dynamische Simulation des einfachen Arbeitsmarktmodells  
2000:1–2008:4



Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

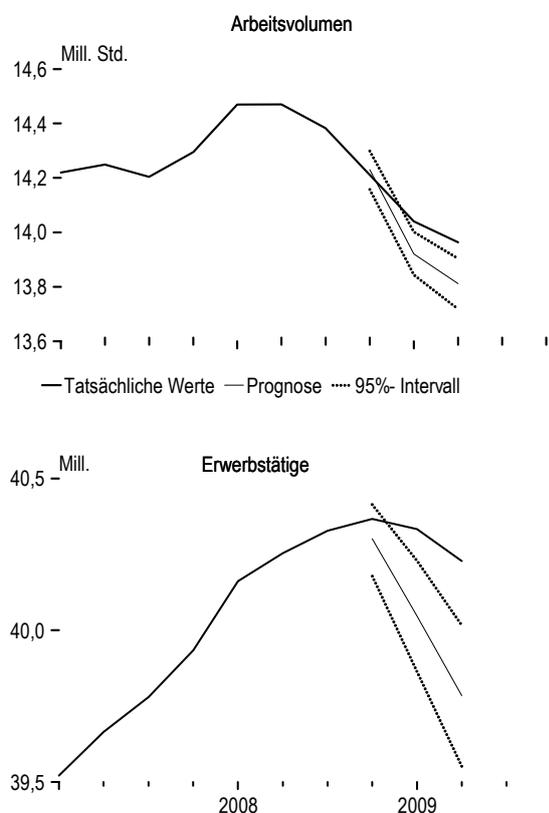
Drittel, was den noch zu erklärenden Unterschied auf 293 000 Personen reduziert. Es wird deutlich, dass die Modellabweichungen bei der Erwerbstätigkeit zum größeren Teil also nicht auf Modellabweichungen beim Arbeitsvolumen zurückgehen.

#### Kurzarbeit und Arbeitskräftehortung

Ein möglicher Erklärungsansatz für die verbleibende Diskrepanz zwischen Modell und Realität bietet eine außergewöhnliche Arbeitskräftehortung seitens der Unternehmen. Herausragendes Indiz hierfür ist der Einbruch der Produktivität je Erwerbstätigen in den vergangenen vier Quartalen; sie sank sogar noch etwas stärker als die Produktion. Fünf Faktoren dürften die Arbeitskräftehortung in den vergangenen Quartalen gefördert haben:

1. Vermutlich sind die meisten Unternehmen von der Stärke des Produktionseinbruchs in außergewöhnlichem Maße überrascht worden, genauso wie Konjunkturforscher und Kapitalmarktakteure. Die Unternehmen waren schlicht nicht in der Lage, ihre Personaldispositionen dem Produktionsrückgang anzupassen (Überraschungseffekt).
2. Die stärkere Verbreitung von flexiblen Arbeitszeitkonten und deren hoher positiver Saldo im vergangenen Boom machte es den Unternehmen leichter, den Rückgang des Arbeitsvolumens im Zuge der Rezession abzufedern, ohne auf breiter Front Entlassungen vornehmen zu müssen (Arbeitszeitkonteneffekt).
3. Viele Unternehmen dürften während des vergangenen Aufschwungs die Erfahrung gemacht haben, dass gut qualifizierte Arbeitskräfte nicht leicht zu finden sind (Fachkräftemangeleffekt).

Abbildung 22:  
Dynamische Simulation des Arbeitsmarktmodells 2007–2009



Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

4. Selbst wenn sie es gewollt hätten, konnten die Unternehmen die Beschäftigung aufgrund der bestehenden Kündigungsschutzregelungen nicht rasch an das gesunkene Beschäftigungsvolumen anpassen (Kündigungsschutzeffekt). Auf die Bedeutung dieses Effekts deutet die Tatsache hin, dass die Beschäftigung von Leiharbeitern deutlich stärker gesunken ist als die allgemeine Beschäftigung. Auch international gibt es Evidenz dafür, dass die Beschäftigung auf flexibleren Arbeitsmärkten stärker gesunken ist (Kasten 3).
5. Bei all den genannten Punkten half den Unternehmen der Zugang zum Instrument der Kurzarbeit, welches sie während der Horung von Arbeitskräften finanziell entlastet.

Der entlastende Effekt der Kurzarbeit kann sogar quantifiziert werden. Nimmt man an, dass Unternehmen die Beschäftigung in gleichem Umfang durch Entlassungen abgebaut hätten, entsprechen die von der BA geschätzten 1,43 Mill. Kurzarbeiter im Juni bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 34,6 Prozent (Märzwert) knapp 500 000 Personen, die ohne Kurzarbeit entlassen worden wären.

Der Vergleich mit einer Welt ohne Kurzarbeit ist allerdings nicht geeignet für die Beantwortung der Frage, warum der Arbeitsmarkt momentan nicht wie in Zeiten vergangener Rezessionen reagiert, denn das Instrument der Kurzarbeit wurde von den Unternehmen auch in früheren Rezessionsphasen in hohem Maße genutzt. Aus diesem Grund wird die Möglichkeit einer Abfederung der Beschäftigung in Rezessionen durch Kurzarbeit in den geschätzten Parametern des empirischen Arbeitsmarktmodells erfasst.

Möglicherweise kann jedoch der Anstieg der Kurzarbeiterzahl in der jetzigen Rezession einen Erklärungsbeitrag leisten. Wäre der Anstieg außergewöhnlich, würde sich der Zusammenhang zwischen Arbeitsvolumen und Beschäftigung (unter Berücksichtigung der Lohnentwicklung) verändern, ohne dass dies vom Modell erfasst werden könnte. In der Tat: Der Anstieg der Kurzarbeiterzahl in der jüngsten Vergangenheit ist stärker als in allen bisherigen Rezessionen. So ist die Zahl der Kurzarbeiter vom zweiten Quartal 2008 bis zum zweiten Quartal 2009 um schätzungsweise 1,3 Mill. gestiegen. Zum Vergleich: In der Rezession von 1974/75 ist die Kurzarbeiterzahl in den vier Quartalen nach Rezessionsbeginn von 170 000 auf 875 000 gestiegen, also um nur 705 000.

Um die absoluten Anstiege der Kurzarbeiterzahl miteinander vergleichen zu können, müssen allerdings die unterschiedliche Zahl der Erwerbstätigen sowie die unterschiedliche Entwicklung des Arbeitsvolumens während der beiden Rezessionen berücksichtigt werden. Da heutzutage rund 1,5-mal so viele Personen erwerbstätig sind wie im Jahr 1974, würde bei einem gegebenen Rückgang des Arbeitsvolumens

**Kasten 3:**

**Der deutsche Arbeitsmarkt im europäischen Vergleich**

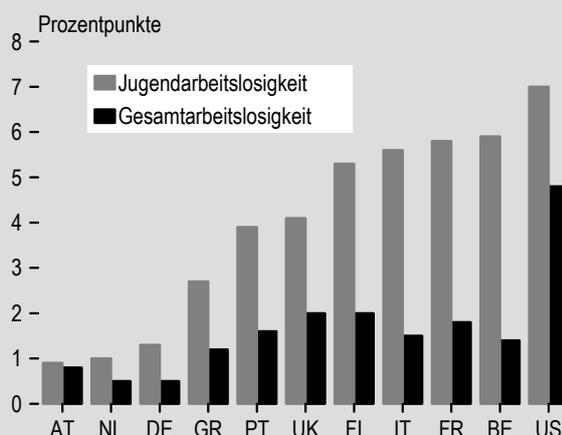
In vielen Ländern Europas kam es im Zuge der jüngsten Rezession zu deutlichen Rückgängen bei der Produktivität, wenn auch geringeren als in Deutschland. Zu nennen sind insbesondere die Niederlande, Finnland und Italien. Vor allem im Industriesektor wurde in vielen Ländern Europas die Beschäftigung unterproportional an die Produktionsentwicklung angepasst, so sank die Produktivität in diesem Sektor vom ersten Quartal 2008 zum ersten Quartal 2009 in Finnland und Italien mit zweistelligen Raten; in Frankreich lag der Rückgang immerhin noch über 8 Prozent (vgl. Boysen-Hogrefe et al. 2009: Tabelle 1).

Das Muster, dass es trotz eines starken Produktionsrückgangs nur zu moderaten Beschäftigungseinbußen kommt, findet sich folglich in mehreren Staaten Europas und insbesondere in der stark exportabhängigen und von größeren Unternehmen geprägten Industrie. Der Einfluss von Gewerkschaften und Politik sowie ein ausgeprägter Kündigungsschutz in vielen Ländern Europas – gerade im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, wo es zu deutlichen Beschäftigungsverlusten kam – ist eine mögliche Erklärung für dieses nahezu europaweite Phänomen. Eine Rolle spielt dabei auch die Plötzlichkeit des Nachfrageabschwungs zu sehen; schließlich sahen viele mittelfristige Produktions- und Personalplanungen noch keine Rückgänge vor. Betrachtet man aber die Teile des Arbeitsmarkts, in denen Arbeitsmarktinstitutionen weniger Einfluss entfalten und die als relativ reagibel eingestuft werden können, findet sich in mehreren Ländern eine deutliche Tendenz zu einem größeren Beschäftigungsabbau. So sank die Zahl der Beschäftigten mit befristeten Verträgen in Italien und Portugal zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2009 jeweils um rund 7 Prozent, in Frankreich gar um 10 Prozent. Bemerkenswert ist auch, dass insbesondere in Spanien, wo es zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit kam und befristete Arbeitsverträge über ein Viertel aller Arbeitsverträge ausgemacht haben,

der Abbau befristeter Beschäftigung den größten Teil des gesamten Beschäftigungsrückgangs darstellt. Im ersten Quartal des Jahres 2009 ist die Zahl der Festangestellten sogar leicht gestiegen, während die Zahl der befristeten Arbeitverträge um über eine halbe Million sank (INE 2009). Ferner ist in vielen Ländern Europas trotz recht stabiler Gesamtbeschäftigungszahlen ein spürbarer Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen, was zum einen mit dem Rückgang der befristeten Beschäftigung, die gerade unter Berufsanfängern weit verbreitet ist, korrespondiert und zum anderen auf eine deutliches Sinken der Zahl von Neuanstellungen hinweist. In den Niederlanden und in Österreich zeigt sich jedoch kein sprunghaftes Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit (Abbildung K 3-1).

Auch in Deutschland ist die befristete Beschäftigung relativ stärker zurückgegangen als die Gesamtbeschäftigung, und es hat einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit gegeben. Allerdings ist dieser im europäischen Vergleich als sehr moderat zu bezeichnen. Ferner hat es einen spürbaren Rückgang in der Beschäftigung von Zeitarbeitsfirmen gegeben, der allerdings bereits im Mai 2009 ein Ende gefunden hat. Es fehlt jedoch die Datengrundlage, dies im europäischen Kontext zu vergleichen. Insgesamt zeigen sich die eher flexiblen Teile des Arbeitsmarkts in Deutschland aber als relativ robust. Der Vergleich zum Beispiel mit Frankreich, wo zwar die Beschäftigung spürbar unterproportional zur Produktion angepasst wurde, aber gerade die flexiblen Teile des Arbeitsmarkt in der Krise sind, zeigt, dass Überraschungen in der Produktions- und Personalplanung gekoppelt mit Arbeitsmarktinstitutionen alleine die Arbeitsmarktlage in Deutschland nicht erklären können. Dieser Unterschied in der Arbeitsmarktlage zwischen Deutschland und Frankreich aber auch zwischen Deutschland und Italien mag in der vorherigen Lohnentwicklung mitbegründet sein. Während sich die Lohnstückkosten in Deutschland aber auch in Österreich von 2002 bis 2008 nur mäßig erhöhten, stiegen sie in Frankreich und Italien im selben Zeitraum deutlich an. In Frankreich und Italien hat der Beschäftigungsaufbau bereits vor der Zuspitzung der Krise ein Ende genommen; Deutschland hingegen hätte ohne den Einbruch im Winterhalbjahr – getragen durch die zuvor günstige Lohnentwicklung – einen weiteren Anstieg der Beschäftigung erleben können.

**Abbildung K3-1:**  
Rezession und Jugendarbeitslosigkeit in ausgewählten Industrieländern 2009<sup>i</sup>



<sup>i</sup>Differenz zwischen der Quote im zweiten (ersten) Quartal 2009 und der Quote des jeweiligen vorausgegangenen Tiefstands der Gesamtbeschäftigungsquote. Lesebeispiel: Während sich die Arbeitslosenquote in Österreich (AT) von ihrem jüngsten Tiefstand um 0,8 Prozentpunkte erhöht hat, hat sich die Jugendarbeitslosigkeit um 0,9 Prozentpunkte erhöht.

Quelle: Eurostat (2009); eigene Berechnungen.

und dem vom Modell geschätzten Zusammenhang zwischen Arbeitsvolumen und Erwerbstätigkeit die Zahl der Kurzarbeiter um das 1,5-fache steigen. Da das Arbeitsvolumen in der jetzigen Rezession um den Faktor 1,4 weniger stark eingebrochen ist als damals, würde der Anstieg der Kurzarbeiterzahl unter diesen Umständen allerdings um den Faktor 1,4 niedriger sein. Beides zusammen impliziert, dass die Zahl der Kurzarbeiter in der jetzigen Rezession nur um den Faktor 1,07 stärker hätte steigen dürfen als im Vergleich zu Rezession 1974/75, und somit nicht um 1,3 Millionen, sondern um nur 755 000. Unterstellt man, dass der durchschnittliche Arbeitsausfall damals ebenfalls bei 34,6 Prozent lag, bedeutet der um rund 550 000 Personen stärkere Anstieg der Kurzarbeiterzahl 190 000 weniger Entlassungen. Ungefähr zwei Drittel der zu erklärenden 293 000 Entlassungen, die es laut Modell hätte zusätzlich geben müssen, könnten also durch die außergewöhnlich starke Nutzung der Kurzarbeit seitens der Unternehmen erklärt werden.

#### *Die zurückliegende Lohnmoderation*

Für manche Beobachter mag bereits der prognostizierte Verlauf der Erwerbstätigkeit mithilfe des oben beschriebenen Arbeitsmarktmodells, obwohl dieser deutlich negativer als der tatsächliche Verlauf ist, überraschend positiv sein im Hinblick auf den zurückliegenden Produktionseinbruch – sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die in den vergangenen Jahren beobachtete Lohnmoderation.

Ausgelöst hauptsächlich durch die Arbeitsmarktreformen im Rahmen der „Agenda 2010“<sup>11</sup> war in den Jahren 2004 bis 2007 in Deutschland eine bis dahin beispiellose Lohnzurückhaltung beobachtbar (Dovern und Meier 2007). Waren die realen Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde/Deflator des Bruttoinlandsprodukts) im Zeitraum 1985

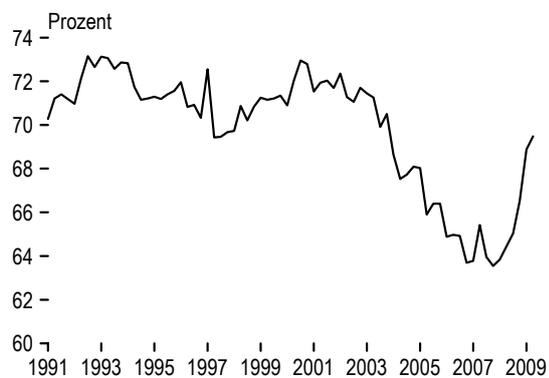
bis 2003 jahresdurchschnittlich um 2 Prozent gestiegen, so erhöhten sie sich in den darauffolgenden vier Jahren praktisch nicht. Erst 2008 kam es wieder zu einem nennenswerten, wenngleich mit knapp 1 Prozent immer noch moderaten Anstieg der Arbeitskosten. Eine vergleichbare Entwicklung war in anderen Ländern nicht zu beobachten. Entsprechend verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Ausland in diesem Zeitraum merklich, was wiederum den deutschen Außenbeitrag stimulierte und so maßgeblich zu dem zurückliegenden Aufschwung und dem kräftigen Rückgang der Arbeitslosenzahlen beitrug (Boss et al. 2009c: Kapitel 5).

Die in Deutschland beobachtete Lohnmoderation dürfte daher auch ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Arbeitslosigkeit anders als in vielen anderen europäischen Staaten kaum gestiegen ist. Länder, die in der Vergangenheit eine deutlich dynamischere Lohnentwicklung verzeichnet hatten, wie z.B. Frankreich, erleben in der jetzigen Rezession einen wesentlich stärkeren Anstieg der Arbeitslosenquote.

Der durch die Arbeitsmarktreformen angestoßene Beschäftigungsaufbau in Deutschland dürfte im vergangenen Jahr noch keineswegs abgeschlossen gewesen sein und hätte sich ohne die globale Rezession in den Jahren 2009 und 2010 fortgesetzt. Darauf deutet nicht zuletzt die gesamtwirtschaftliche Lohnquote hin, die sich als Verhältnis von Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität interpretieren lässt. Mit Beginn der Lohnzurückhaltung im Jahr 2004 sank die Lohnquote deutlich, weil der geringere Lohnanstieg nur mit einiger Verzögerung zu einem Anstieg der Beschäftigung führte (Abbildung 23). Im Jahr 2008 unterschritt die Lohnquote ihr mittleres Niveau von 71 Prozent im Zeitraum 1991 bis 2003 noch immer um 6 Prozentpunkte. Die Relation aus Arbeitskosten und Produktivität war somit trotz des Arbeitskostenanstiegs im Jahr 2008 weiterhin günstiger als vor Beginn der Lohnzurückhaltung. Dies stimulierte die Arbeitsnachfrage und dämpfte den Preisanstieg, was wiederum die preisliche Wettbewerbsfähigkeit begünstigte und dazu beitrug, dass die EZB die Zinsen vergleichsweise niedrig hielt.

<sup>11</sup> Zu den Auswirkungen, die diese Reformen auf den Anspruchslohn in Deutschland hatten, vgl. Boss (2009).

Abbildung 23:  
Lohnquote 1991–2009<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen (lfd. Jgg.).

### Schlussfolgerungen und Prognose

Ein Grund, warum die Beschäftigung in dieser Rezession nicht annähernd so stark gefallen ist wie in früheren Rezessionen, ist somit die Lohnmoderation der Jahre 2004 bis 2007, die zu einem bis dahin beispiellosen Zurückbleiben der realen Arbeitskosten hinter der Arbeitsproduktivität geführt hat. Der Abstand zwischen Arbeitskosten und Produktivität hatte sich vor Beginn der Rezession zwar etwas verringert, war aber immer noch beträchtlich und stimulierte für sich genommen die Arbeitsnachfrage weiter. Dieser Effekt führt dazu, dass man die Entwicklung der Erwerbstätigkeit unter einer korrekten Prognose des Bruttoinlandsprodukts und des Arbeitsvolumens von vornherein positiver prognostiziert hätte, als eine unterstellte proportionale und von anderen Faktoren unabhängige Beziehung zwischen Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung hätte vermuten lassen.<sup>12</sup>

Im Zuge der Rezession ist die Arbeitsproduktivität abrupt gesunken. Gleichzeitig hat sich der Anstieg der realen Arbeitskosten (auf

Stundenbasis) seit Anfang 2008 deutlich beschleunigt. Im Verlauf des zurückliegenden Winterhalbjahrs zogen sie mit einer laufenden Jahresrate von 4,6 Prozent an; im zweiten Quartal betrug ihr Anstieg immer noch 1,5 Prozent. Dadurch ist die Lücke zwischen Produktivitäts- und Arbeitskostenniveau, die im Zuge der vorangegangenen Lohnmoderation entstanden war, spürbar geschrumpft. Allerdings unterschritt die Lohnquote mit 69,4 Prozent auch im zweiten Quartal 2009 ihren langjährigen Durchschnitt noch immer um rund 2 Prozentpunkte. Die alte Relation von Produktivität und Reallohn war somit noch nicht wieder erreicht und dies wirkt stimulierend auf die Arbeitsnachfrage. Gleichzeitig gehen allerdings von der laufenden Lohnentwicklung dämpfende Impulse auf die Arbeitsnachfrage aus. Für den Durchschnitt des Jahres 2009 erwarten wir auf der Basis der vorliegenden Lohnabschlüsse einen Anstieg der Tarif- und der Effektivlöhne um 3 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sich der Lohnanstieg angesichts der höheren Arbeitslosigkeit, des geringeren Preisauftriebs und des schleppenden Produktivitätsfortschritts auf 1,2 Prozent abschwächen. Die realen Arbeitskosten werden im laufenden Jahr um 2,5 Prozent und im kommenden Jahr um 1,5 Prozent anziehen. Damit übersteigt der Anstieg der Arbeitskosten im laufenden und im kommenden Jahr deutlich das trendmäßige Wachstum der Arbeitsproduktivität, das derzeit unter 1 Prozent pro Jahr liegen dürfte.

Der zweite wesentliche Faktor für die positive Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt ist die Arbeitskräftehortung durch die Unternehmen. Ursachen hierfür sind der durch den plötzlichen Einbruch der Konjunktur verursachte Überraschungseffekt (mit der einhergehenden großen Unsicherheit über den Arbeitskräftebedarf), die gestiegene Nutzung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, die Nutzung von Arbeitszeitkonten, der vor der Rezession zu beobachtende Fachkräftemangel, der erleichterte Zugang zur Kurzarbeit, aber auch die bestehenden Kündigungsschutzregeln. Im Prognosezeitraum dürften die Unternehmen tendenziell weiter bestrebt sein, ihre Belegschaften zu halten, sofern dies die Kostensituation zulässt. Die Verlängerung der

<sup>12</sup> Diese Beziehung wird auch Verdoornsches Gesetz genannt, eng verwandt mit dem Okunschen Gesetz, welches auf die Beziehung zwischen Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosigkeit abstellt.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Kurzarbeit auf bis zu 24 Monate und die Übernahme der Beiträge zur Sozialversicherung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) ab dem siebten Kurzarbeitsmonat erleichtern den Unternehmen das Halten der Belegschaften. Die Arbeitszeit je Beschäftigten wird – ausgehend von dem niedrigeren, während der Rezession erreichten Niveau – nur leicht steigen. Das Arbeitsvolumen und die Erwerbstätigkeit werden in den kommenden Monaten weiter zurückgehen. Ein verspäteter, zum vorangegangenen Produktionseinbruch proportionaler Einbruch der Beschäftigung ist nicht zu erwarten; das „dicke Ende“ am Arbeitsmarkt bleibt aus. Mit gravierenden dämpfenden Wirkungen von Anpassungsreaktionen am Arbeitsmarkt auf die Konjunktur ist daher nicht zu rechnen.

Konkret erwarten wir für das Arbeitsvolumen einen Rückgang um jahresdurchschnittlich 3,0 Prozent in diesem Jahr, für das Jahr 2010 hin-

gegen nur noch einen um 1,0 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen wird dieses Jahr voraussichtlich bei 40,1 Mill. (–0,3 Prozent gegenüber Vorjahr) und nächstes Jahr bei 39,4 Mill. (–1,8 Prozent) liegen (Tabelle 8). Im laufenden Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Schnitt 3,4 Mill. betragen, was einer Arbeitslosenquote von 8,2 Prozent entspricht. Für das Jahr 2010 rechnen wir mit einem Anstieg auf 3,9 Mill. Arbeitslose im Jahresdurchschnitt und einer Quote von 9,3 Prozent. Hierbei muss betont werden, dass die vergleichsweise günstige Prognose für die Arbeitslosigkeit zum Teil durch den anfangs beschriebenen statistischen Effekt im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente verursacht wird (erneut Abbildung 18). Ohne diesen Effekt würde die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2010 bei 4,1 Mill. liegen.

Tabelle 8:  
Arbeitsmarkt 2007–2010 (1 000 Personen)

	2007	2008	2009 <sup>a</sup>	2010 <sup>a</sup>
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	56 845	57 583	55 852	55 285
Erwerbstätige (Inland)	39 724	40 279	40 139	39 412
Selbständige <sup>b</sup>	4 436	4 434	4 389	4 310
Arbeitnehmer (Inland)	35 288	35 845	35 750	35 102
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 967	27 527	27 458	26 953
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 873	4 866	4 916	4 842
Pendlersaldo	68	59	60	60
Erwerbstätige (Inländer)	39 656	40 220	40 079	39 352
Arbeitnehmer (Inländer)	35 220	35 786	35 690	35 042
Registrierte Arbeitslose	3 777	3 268	3 444	3 881
Arbeitslosenquote <sup>c</sup> (Prozent)	9,0	7,8	8,2	9,3
Erwerbslosenquote <sup>d</sup> (Prozent)	8,3	7,2	7,5	8,6

<sup>a</sup>Prognose. — <sup>b</sup>Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. — <sup>c</sup>Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — <sup>d</sup>Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

## Ausblick: Konjunkturelle Erholung, aber noch kein durchgreifender Aufschwung

Die deutsche Konjunktur wird sich im zweiten Halbjahr 2009 spürbar erholen. Zum einen kommen anregende Impulse aus dem Ausland. Die jüngste Aufwärtstendenz sowohl bei den Auftragseingängen als auch bei den Exporterwartungen der Unternehmen deutet darauf hin, dass die Schwäche bei den Exporten überwunden wird. Zum anderen wird die Inlandsnachfrage zügig expandieren (Tabelle 9). Dabei spielen lagerzyklische Einflüsse eine große Rolle; die Anpassung an das niedrigere Niveau der Nachfrage dürfte weitgehend abgeschlossen sein, denn die Unternehmen schätzen die Lagerbestände kaum noch als zu hoch ein. Daneben werden die privaten Konsumausgaben leicht ausgeweitet. Gestützt wird dies durch die Zunahme der real verfügbaren Einkommen. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften beschleunigt zunehmen, da die Investitionsprogramme

des Staates mehr und mehr umgesetzt werden. Hingegen ist bei den Ausrüstungsinvestitionen vor dem Hintergrund der niedrigen Kapazitätsauslastung wohl lediglich eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau zu erwarten.

Die Abnahme des realen Bruttoinlandsprodukts wird sich im Jahr 2009 auf voraussichtlich 4,9 Prozent belaufen (Abbildung 24); rund 70 Prozent des Rückgangs gehen auf die Verschlechterung des Außenbeitrags zurück. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich weiter eintrüben, doch bleibt der Anstieg der Arbeitslosigkeit vergleichsweise moderat; die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt auf reichlich 3,4 Mill. Personen klettern und damit um rund 200 000 über dem Niveau im Vorjahr liegen (Tabelle 10). Dabei ist berücksichtigt, dass die Zahl durch die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente gedrückt wird. Infolge des Konjunkturerinbruchs, aber auch wegen der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik wird das Budgetdefizit des Staates kräftig steigen. Die Defizitquote wird wohl 2,7 Prozent betragen.

Tabelle 9:  
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2008–2010a

	2008				2009				2010			
	I	II	III	IV	I	II	III <sup>b</sup>	IV <sup>b</sup>	I <sup>b</sup>	II <sup>b</sup>	III <sup>b</sup>	IV <sup>b</sup>
Bruttoinlandsprodukt	6,5	-2,2	-1,3	-9,4	-13,4	1,3	4,2	0,0	0,3	0,5	0,5	1,0
Private Konsumausgaben	1,7	-2,4	1,3	-1,7	2,6	2,9	-1,7	-1,0	0,0	1,0	1,7	2,0
Konsumausgaben des Staates	4,2	2,8	0,6	2,2	4,3	1,7	1,1	1,5	1,8	1,8	1,8	1,6
Ausrüstungsinvestitionen	-2,5	-3,1	6,3	-14,0	-55,8	-1,8	-6,4	-2,0	2,9	1,7	4,5	16,4
Bauinvestitionen	25,9	-16,1	-1,6	-4,0	1,0	5,8	0,3	4,4	3,6	3,2	4,2	6,1
Sonstige Anlagen	-9,6	11,8	9,9	8,3	-1,2	9,6	-4,1	0,3	5,2	4,0	6,8	18,7
Vorratsveränderungen <sup>c</sup>	5,2	-2,2	3,1	0,6	-0,8	-7,1	-5,4	6,1	0,4	0,3	-0,8	-1,9
Inländische Verwendung	9,5	-5,2	4,8	-1,5	-4,1	-5,0	-7,3	6,6	1,5	1,8	1,4	1,7
Ausfuhr	6,9	0,6	-0,3	-28,1	-35,8	-4,7	30,0	0,0	7,0	6,0	6,0	6,0
Einfuhr	13,9	-5,7	14,2	-15,6	-19,6	-19,0	7,8	15,0	11,0	10,0	9,0	8,5
Außenbeitrag <sup>c</sup>	-1,8	2,3	-5,2	-7,6	-9,8	4,6	11,3	-5,4	-0,7	-0,8	-0,4	-0,2
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland <sup>d</sup>	35 721	35 814	35 894	35 948	35 924	35 829	35 673	35 573	35 430	35 233	34 992	34 754
Arbeitslose <sup>d</sup>	3 382	3 274	3 211	3 198	3 337	3 468	3 484	3 489	3 596	3 761	3 977	4 189

<sup>a</sup>Kettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — <sup>b</sup>Prognose. — <sup>c</sup>Lundberg-Komponente. — <sup>d</sup>1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Tabelle 10:  
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2007–2010

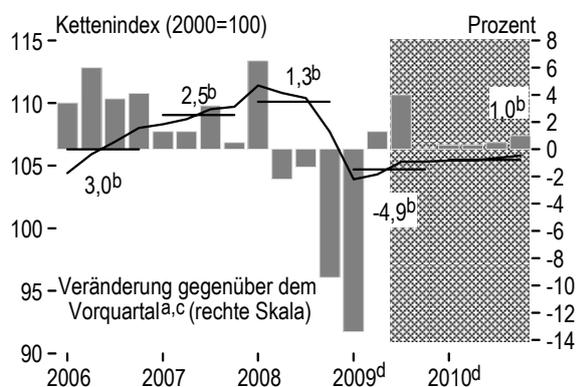
	2008	2007	2008	2009 <sup>a</sup>	2010 <sup>a</sup>
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
<b>Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen</b>					
Bruttoinlandsprodukt		2,5	1,3	-4,9	1,0
Private Konsumausgaben		-0,3	0,4	0,4	0,4
Konsumausgaben des Staates		1,7	2,1	2,3	1,6
Anlageinvestitionen		5,0	3,1	-9,6	3,1
Ausrüstungsinvestitionen		11,0	3,3	-22,1	1,8
Bauinvestitionen		0,0	2,6	-0,7	3,8
Sonstige Anlagen		6,5	5,3	4,8	4,5
Vorratsveränderung <sup>b</sup>		-0,1	0,5	-0,3	0,2
Inländische Verwendung		1,0	1,7	-1,6	1,4
Ausfuhr		7,5	2,9	-14,5	7,2
Einfuhr		4,8	4,3	-8,4	9,0
Außenbeitrag <sup>b</sup>		1,5	-0,3	-3,4	-0,3
<b>Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>					
Bruttoinlandsprodukt	2 495,8	4,4	2,8	-4,4	0,5
Private Konsumausgaben	1 409,7	1,4	2,5	0,3	0,9
Konsumausgaben des Staates	451,8	2,2	3,7	4,4	2,7
Anlageinvestitionen	474,7	7,7	4,2	-10,0	3,0
Ausrüstungsinvestitionen	201,8	10,2	2,7	-23,0	-0,3
Bauinvestitionen	217,9	6,3	5,8	0,0	5,5
Sonstige Anlagen	27,9	3,4	1,6	-2,4	-0,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	3,9	-10,0	3,9	-24,1	-36,6
Inländische Verwendung	2 340,1	2,9	3,7	-2,2	1,2
Ausfuhr	1 179,4	8,0	3,5	-17,4	6,0
Einfuhr	1 023,7	4,9	5,8	-14,2	8,5
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	155,7	171,7	155,7	96,2	80,8
Bruttonationaleinkommen	2 537,0	4,4	2,4	-4,9	-0,3
<b>Deflatoren</b>					
Bruttoinlandsprodukt		1,9	1,5	0,5	-0,5
Private Konsumausgaben		1,8	2,1	-0,1	0,6
Konsumausgaben des Staates		0,5	1,6	2,1	1,1
Ausrüstungsinvestitionen		-0,7	-0,6	-1,2	-2,0
Bauinvestitionen		6,3	3,1	0,8	1,6
Sonstige Anlagen		-3,0	-3,6	-6,8	-4,8
Ausfuhr		0,5	0,6	-3,3	-1,1
Einfuhr		0,1	1,4	-6,4	-0,5
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		2,3	2,6	0,2	0,4
<b>Einkommensverteilung</b>					
Volkseinkommen		3,5	2,5	-6,4	-1,0
Arbeitnehmerentgelte		2,8	3,7	-0,6	0,0
in Prozent des Volkseinkommens		64,2	65,0	68,9	69,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		4,8	0,2	-17,0	-3,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,6	2,7	-0,5	1,7
Sparquote (Prozent)		10,8	11,2	10,8	11,3
Lohnstückkosten, real <sup>c</sup>		-1,7	0,8	3,9	-0,5
Produktivität <sup>d</sup>		0,7	0,0	-2,0	2,0
Arbeitslose (1 000)		3 777	3 268	3 444	3 881
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,0	7,8	8,2	9,3
Erwerbstätige <sup>e</sup> (1 000)		39 724	40 279	40 139	39 412
<b>Finanzierungssaldo des Staates</b>					
in Mrd. Euro		4,7	1,0	-65,5	-114,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		0,2	0,0	-2,7	-4,8
Schuldenstand <sup>f</sup>		64,9	65,8	73,6	78,1

<sup>a</sup>Prognose. — <sup>b</sup>Lundberg-Komponente. — <sup>c</sup>Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — <sup>d</sup>Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — <sup>e</sup>Inlandskonzept. — <sup>f</sup>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Abbildung 24:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2006–2010<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. — <sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — <sup>c</sup>Auf Jahresrate hochgerechnet. — <sup>d</sup>Ab 2009 III: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

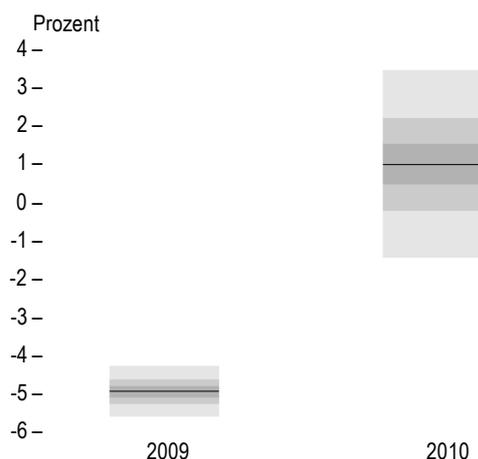
Im kommenden Jahr dürfte sich die Erholung fortsetzen, doch wird das Expansions-tempo so moderat bleiben, dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nochmals leicht abnimmt. Die Exporte werden im Zuge der weltweit anziehenden Produktion zulegen, doch bleibt der Anstieg weit hinter dem Zuwachs in den Jahren vor der Krise zurück, als zweistellige Raten erreicht wurden. Der wesentliche Grund ist, dass die Weltwirtschaft sehr viel langsamer expandiert als damals. Gleichwohl erhöht sich der Wachstumsbeitrag des Außenhandels gegenüber dem Jahr 2009 deutlich, bleibt aber negativ, zumal die Importe stärker zunehmen. Die konjunkturelle Expansion in Deutschland wird wesentlich von der Inlandsnachfrage getragen. Dabei werden die privaten Konsumausgaben im Verlauf des Jahres spürbar zunehmen. Zwar verschlechtert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt; die real verfügbaren Einkommen nehmen aber dennoch merklich zu, da die privaten Haushalte steuerlich entlastet werden. Daneben bleibt der Preis-auftrieb sehr verhalten. Die Unternehmensinvestitionen werden nach dem scharfen Einbruch im Jahr 2009 wieder zunehmen, doch wird der Anstieg vor dem Hintergrund der niedrigen Kapazitätsauslastung und der sich

nur wenig bessernden Absatzaussichten gering sein.

Alles in allem rechnen wir damit, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 um 1,0 Prozent zunimmt. Die Arbeitslosigkeit wird im Verlauf des kommenden Jahres steigen und im vierten Quartal bei etwa 4,2 Mill. Personen liegen. Im Jahresdurchschnitt beläuft sich die Zahl auf knapp 3,9 Millionen, das sind reichlich 400 000 mehr als im Vorjahr. Die Verbraucherpreise dürften leicht anziehen. Zwar bleibt die konjunkturelle Expansion insgesamt recht schwach, doch werden die Energiepreise voraussichtlich etwas höher sein als im Durchschnitt des Vorjahres. Das Budgetdefizit des Staates wird abermals zunehmen, auch weil die Finanzpolitik weiterhin expansiv ausgerichtet ist; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird es wohl bei 4,8 Prozent liegen.

Die Unsicherheit für die Prognose haben wir anhand von Konfidenzintervallen dargestellt. Die Spanne, in der die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010 mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, reicht von -1,3 bis 3,5 Prozent (Abbildung 25). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Pro-

Abbildung 25:  
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2009–2010<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Prognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im dritten Quartal der Jahre 1994–2008).

Quelle: Eigene Berechnungen.

gnosefehler auf die „normalen“ Zyklen in der Vergangenheit beziehen. Wegen der Finanzkrise ist die Unsicherheit derzeit deutlich größer, wie sich in jüngster Zeit nicht zuletzt an den häufigen und sehr großen Revisionen bei den Prognosen gezeigt hat.

So kann sich die Konjunktur durchaus schneller erholen als hier prognostiziert, vor allem weil die Impulse seitens der Wirtschaftspolitik sehr groß sind. Würde sich die Situation im Bankensektor – in Deutschland, aber auch im Ausland – rascher normalisieren als erwartet, würde von den extrem niedrigen Zinsen eine stärkere Wirkung ausgehen. Es würde sich dann eine kräftige konjunkturelle Dynamik entfalten, wie sie eher typisch ist für eine Situation, in der die Kapazitätsauslastung so massiv gesunken ist. Es bestehen aber auch Abwärtsrisiken. Sie haben zum einen mit den Folgen der Finanzkrise zu tun. So kann sich in den kom-

menden Monaten herausstellen, dass die Banken in Deutschland erhebliche Abschreibungen vornehmen müssen, etwa weil die Zahl der Insolvenzen zunimmt und die Arbeitslosigkeit spürbar steigt. In dem Fall würde sich das Kreditangebot verknappen, sofern eine Aufstockung des Eigenkapitals nicht wie beabsichtigt gelingt.

Unsicherheiten bestehen auch hinsichtlich der Wirtschaftspolitik. In Deutschland werden vermutlich bald nach der Bundestagswahl grundsätzliche Entscheidungen fallen über den künftigen Kurs in der Finanzpolitik, vor allem hinsichtlich des Abbaus des Budgetdefizits. Im Hinblick auf die mittelfristigen Aussichten für Wachstum und Beschäftigung wäre eine Strategie vorzuziehen, die vorrangig darauf setzt, bei den Staatsausgaben zu sparen und die Subventionen rasch abzubauen.

## Anhang

*Tabelle A1:*  
Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung 2007–2010<sup>a</sup> (Mrd. Euro)

	2007	2008	2009 <sup>b</sup>	2010 <sup>b</sup>
Tatsächliche Sozialbeiträge	163,2	168,3	169,0	169,8
Unterstellte Sozialbeiträge	0,3	0,3	0,3	0,3
Transfer vom Bund	79,2	79,3	79,8	81,4
Sonstige Einnahmen	1,3	1,4	1,5	1,5
Einnahmen insgesamt	244,0	249,3	250,6	253,0
Monetäre Sozialleistungen	234,8	237,7	242,9	246,3
Soziale Sachleistungen	3,8	4,1	4,1	4,2
Sonstige Ausgaben <sup>c</sup>	4,4	4,4	4,4	4,4
Ausgaben insgesamt	243,0	246,2	251,4	254,9
Finanzierungssaldo	1,0	3,2	-0,8	-1,9

<sup>a</sup>Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — <sup>b</sup>Prognose. — <sup>c</sup>Löhne der Beschäftigten, Verwaltungsaufwand etc.

*Quelle:* Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen und Prognosen.

*Tabelle A2:*  
Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2007–2010<sup>a,b</sup> (Mrd. Euro)

	2007	2008	2009 <sup>c</sup>	2010 <sup>c</sup>
Tatsächliche Sozialbeiträge	149,7	155,6	161,5	160,6
Unterstellte Sozialbeiträge	0,6	0,6	0,6	0,6
Transfer vom Bund	4,2	4,2	8,9	13,6
Sonstige Einnahmen	1,5	1,5	1,5	1,5
Einnahmen insgesamt	156,0	161,9	172,5	176,3
Monetäre Sozialleistungen	7,7	8,3	9,2	9,3
Soziale Sachleistungen	136,9	142,8	151,6	156,7
Sonstige Ausgaben <sup>d</sup>	8,8	9,5	9,7	10,0
Ausgaben insgesamt	153,4	160,6	170,5	176,0
Finanzierungssaldo	2,6	1,4	2,0	0,3

<sup>a</sup>Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — <sup>b</sup>Ab 2009 einschließlich Teile der privaten Krankenversicherung. — <sup>c</sup>Prognose. — <sup>d</sup>Löhne der Beschäftigten, Verwaltungsaufwand etc.

*Quelle:* Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen und Prognosen.

## Schleppende Erholung der Konjunktur in Deutschland, kein Einbruch auf dem Arbeitsmarkt

Tabelle A3:

Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit 2007–2010 (Mrd. Euro)

	2007	2008	2009 <sup>a</sup>	2010 <sup>a</sup>
Beiträge	32,26	26,45	22,09	22,12
Zuschuss des Bundes	6,47	7,58	7,78	7,89
Verwaltungskostenerstattung SGB II	2,20	2,26	2,32	2,36
Umlagen für das Insolvenzgeld	0,67	0,67	1,00	2,00
Erträge aus der Rücklage	0,34	0,67	0,50	0,20
Sonstige Einnahmen	0,90	0,66	0,76	0,54
<b>Einnahmen</b>	<b>42,84</b>	<b>38,29</b>	<b>34,45</b>	<b>35,11</b>
Eingliederungstitel	2,51	2,89	3,83	4,39
Kurzarbeitergeld	0,24	0,29	3,55	3,25
Erstattete Beiträge	0,00	0,00	1,56	1,77
Aussteuerungsbetrag bzw. Erstattung von Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben des Bundes	1,94	5,00	4,87	5,00
Arbeitslosengeld <sup>b</sup>	16,93	13,86	17,26	21,54
Insolvenzgeld	0,70	0,65	1,55	1,72
Verwaltungsausgaben	5,53	5,99	6,56	6,81
Sonstige Ausgaben	8,35	8,23 <sup>c</sup>	8,83	8,50
<b>Ausgaben</b>	<b>36,20</b>	<b>36,91<sup>c</sup></b>	<b>48,01</b>	<b>52,98</b>
Saldo	6,64	1,38	-13,56	-17,87
<i>Nachrichtlich:</i>				
Empfänger von Arbeitslosengeld <sup>d</sup> (1 000)	1 080	917	1 170	1 432
Rücklage der Bundesagentur am Jahresende	17,86	16,74 <sup>e</sup>	3,18	-14,69 <sup>f</sup>

<sup>a</sup>Prognose. — <sup>b</sup>Ausschließlich Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung. — <sup>c</sup>Ohne Zuweisung an den Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit (2,5 Mrd. Euro). — <sup>d</sup>Ausschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung. — <sup>e</sup>Ohne Einlage beim Versorgungsfonds. — <sup>f</sup>Der Bund wird ein Darlehen gewähren, damit die Bundesagentur alle Ausgaben finanzieren kann.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Einnahmen und Ausgaben der BA* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

## Literatur

- Adda, J., und R. Cooper (2000). Balladurette and Juppette: A Discrete Analysis of Scrapping Subsidies. *Journal of Political Economy* 108 (4): 778–806.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2009a). *Finanzbericht 2010*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2009b). Umsetzung des Konjunkturpakets II kommt entscheidend voran – 10 Mrd. Investitionsförderung des Bundes bereits zur Hälfte durch Länder und Kommunen ausgeschöpft. *Pressemitteilung* 41/2009 vom 19. August. Berlin.
- Boss, A. (2009). Zur Entwicklung des Anspruchslohns in Deutschland. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 58 (2): 222–254.
- Boss, A., und H. Klodt (2009). Mit dem Konjunkturpaket aus der Krise? Kiel Policy Brief 2. Via Internet (2. September 2009) <[http://www.ifw-kiel.de/presse/wirtschaftspolitik/politikberatung/Kiel\\_Policy\\_Brief\\_2.pdf](http://www.ifw-kiel.de/presse/wirtschaftspolitik/politikberatung/Kiel_Policy_Brief_2.pdf)>.

- Boss, A., J. Boysen-Hogrefe, J. Dovern, K.-J. Gern, D. Groll, N. Jannsen, C.-P. Meier, B. van Roye und J. Scheide (2009a). Die deutsche Wirtschaft im Sog der Weltrezession. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2009. Kieler Diskussionsbeiträge 463. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, D. Groll, C.-P. Meier, B. van Roye und J. Scheide (2009b). Deutschland: Stabilisierung der Produktion auf niedrigem Niveau. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2009. Kieler Diskussionsbeiträge 466/467. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, K.-J. Gern, N. Jannsen, C.-P. Meier, B. van Roye und J. Scheide (2009c). Ursachen der Wachstumsschwäche in Deutschland 1995–2005. *Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik* 2. Via Internet (31. August 2009) <<http://www.ifw-kiel.de/pub/wipo/volumes/wip002.pdf>>.
- Boss, A., J. Boysen-Hogrefe, J. Dovern, K.-J. Gern, D. Groll, N. Jannsen, C.-P. Meier, J. Scheide und B. van Roye (2009d). Weltwirtschaft in der Krise: Szenarien für das Wachstum in Deutschland und Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge. In Vorbereitung.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, N. Jannsen, B. van Roye und J. Scheide (2009). Weltwirtschaft expandiert wieder. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2009. Kieler Diskussionsbeiträge 468/469. IfW, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (2009). *Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung*. Mai. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Ifd. Jgg.). *Monatsbericht*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Ifd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Ifd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Ifd. Jgg.). *Einnahmen und Ausgaben der BA*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (2009). *Monatsbericht*. Mai. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.). *Bank Lending Survey*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.). *Bankenstatistik*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) (2009). *Wirtschaftslage und Erwartungen. Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern Frühsommer 2009. Sonderauswertung „Kreditkonditionen“*. Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Brüssel.
- Dovern, J., und C.-P. Meier (2007). Lohnanstieg und Konjunktur in Deutschland 2004–2008. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007. Kieler Diskussionsbeiträge 439/440. IfW, Kiel.
- Eurepo (2009). Historical Data. Via Internet (26. August 2009) <<http://www.eurepo.org/eurepo/historical.html>>.
- Eurostat (2009). *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*. Luxemburg.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2009). *Financial Stability Review*. Juni. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (Ifd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Iacovone, L., und B.S. Javorcik (2008). Multi-product Exporters: Diversification and Micro-level Exporters. Policy Research Working Paper Series 4723. The World Bank, Washington, D.C.
- Iacovone, L., und V. Zavacka (2009). Banking Crises and Exports: Lessons from the Past. Via Internet (4. September 2009) <<http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3927>>.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung) (Ifd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.

- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung) (lfd. Jgg.). *ifo-Schnelldienst*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- INE (Instituto Nacional de Estadística) (2009). Economically Active Population Survey. *Pressemitteilung* vom 24. April. Madrid.
- Klepper, G., S. Peterson, S. Petrick und W. Rickels (2009). Konjunktur für den Klimaschutz? Klima- und Wachstumswirkungen weltweiter Konjunkturprogramme. Kieler Diskussionsbeiträge 464. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Kraftfahrt-Bundesamt (lfd. Jgg.). Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes. Via Internet (7. September 2009) <[www.kbashop.de](http://www.kbashop.de)>.
- Lehment, H. (2009). Basel-Regeln erschweren Überwindung der Rezession. *IfW-Fokus* 64. Via Internet (7. September 2009) <<http://www.ifw-kiel.de/presse/fokus/2009/fokus64>>.
- McCarthy, J. (1999). Pass-Through of Exchange Rates and Import Prices to Domestic Inflation in Some Industrialized Economies. BIS Working Papers 79. Bank for International Settlements, Basel.
- Muuls, M. (2008). Exporters and Credit Constraints. A Firm-level Approach. Research Series 200809-22. National Bank of Belgium. Brüssel.
- OECD (Organisation for Economic Co-ordination and Development) (lfd. Jgg.). *Main Economic Indicators*. Paris.
- Prognose-Zentrum des Instituts für Weltwirtschaft (2009). Szenariorechnung und Projektion Kreditvergabe Deutschland. Vorläufiger Zwischenbericht für ein Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für Finanzen. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009). *Im Sog der Weltrezession. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009*. Essen.
- Scheide, J. (2009). Die Abwrackprämie: Beispiel für eine gut funktionierende Konjunkturpolitik? *IfW-Fokus* 61. Via Internet (3. September 2009) <<http://www.ifw-kiel.de/presse/fokus/2009/fokus61>>.
- Statistisches Bundesamt (2009). Erste Bilanz nach Einführung der Umweltprämie. *Pressemitteilung* 302 vom 17. August. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.